

Wahlprogramm
zur Landtagswahl 2006
der Freien Demokratischen Partei
Landesverband Mecklenburg-Vorpommern

„Stark für unser Land“

Quelle/Zitierweise:

<http://www.steueralarm.de/downloads/fdp-programm.pdf>; 31.08.2006

Archiviert als PDF-Dokument; Signatur IN5-159



Mecklenburg-Vorpommern

Stark für unser Land

Programm zur Landtagswahl 2006

Inhaltsverzeichnis

Präambel	3
1. Bildung	6
1.1 Vorschulische Ausbildung / Kindertagesstätten	6
1.2 Schulen	9
1.3 Hochschulen	12
1.4 Berufliche Bildung	14
2. Wirtschaft und nachhaltiges Wachstum	15
2.1 Verkehrspolitik	22
2.2 Tourismus	24
2.3 Landwirtschaft	26
3. Kultur	30
4. Gesundheit	32
5. Umwelt- und Naturschutz	36
6. Staat, Verwaltung und Justiz	40

Präambel

Unser Land Mecklenburg-Vorpommern hat eine Zukunft. Optimismus gestaltet diese Zukunft. Zukunft braucht Freiheit. Ausgehend von der Freiheit eines jeden Einzelnen bauen sich unsere Gesellschaft, unser Land und unser Staat auf. Hierfür wird jeder Bürger gebraucht: Sein Können, seine Erfahrungen, seine Einsichten, sein Mut und seine Visionen.

Die FDP setzt sich für gleiche Startchancen für alle ein und dafür, dass alle Bürger vor dem Gesetz gleich sind. Chancengleichheit ist gut und richtig. Aber *Gleichmacherei* ist ein kommunistisches Ziel, das in die wirtschaftliche Stagnation und in die Unfreiheit führt.

Die Qualität und Stärke eines Gemeinwesens misst sich daran, wie es seine Schwachen unterstützt, aber auch daran, wie es mit seinen Leistungserbringern umgeht. Diese müssen ihre Verantwortung für die Schwächeren erkennen und wahrnehmen. Sie sollten sich aber nicht wegen der Früchte ihrer Arbeit schämen müssen. Erst diese Ergebnisse der Arbeit ermöglichen die heutigen Sozialleistungen. Daher sollte es die selbstverständliche Pflicht derjenigen Bürger sein, die nicht durch eigene Arbeit ihren Lebensunterhalt bestreiten, so gut es geht, für einen Teil ihres Unterhalts zu sorgen und dadurch das Gemeinwesen zu entlasten und wettbewerbsfähig zu halten.

Diese „familiären“ Zusammenhänge und die mit der Anerkennung der Lebensleistungen der Älteren einhergehenden *Generationenfairness*, wie sie früher bei uns und heute noch in asiatischen Gesellschaften anerkannt sind, sind in Deutschland in der Blüte der sozialdemokratischen Vorherrschaft verloren gegangen. An ihre Stelle ist ein anonymer Sozialstaat getreten, an den jeder Ansprüche stellt, ohne viel darüber nachzudenken, wer die Zeche eigentlich bezahlt: Im Grundsatz jeder Bürger, in der Realität sind es im Wesentlichen jedoch die Leistungserbringer, die als Krankenschwester, Werker, Angestellter oder Manager mit großem Einsatz arbeiten und sich weiterbilden, um in ihrem Beruf etwas zu erreichen. Diejenigen, die etwas „unternehmen“ und damit für die bezahlte Beschäftigung anderer sorgen. Diejenigen, die mit ihre Ideen und Kenntnissen die technischen und finanziellen Grundlagen für eine erfolgreiche wirtschaftliche Tätigkeit und somit die Basis für die Finanzierung des Staates und des Sozialsystems schaffen.

Da die Anforderungen an Intelligenz und Fähigkeiten, die notwendig sind, um im Berufsleben mithalten zu können, mit jeder neuen Technologie ständig und schnell steigen, die entstehenden Lücken jedoch für etliche Menschen selbst durch beste Ausbildung nicht mehr zu schließen sind, ist es doch offensichtlich, dass ein kräftiges Wirtschaftswachstum allein einen großen Teil der Arbeitslosen nicht mehr in einen Job bringen kann. Während andererseits händeringend verstärkt qualifizierte Facharbeiter und Ingenieure gesucht werden.

Wie können wir den von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen mit unserer Politik helfen, ihr Selbstwertgefühl durch eigene Arbeit zurückzuerlangen?

Gemeinsam stehen wir vor wichtigen Aufgaben, die bewältigt werden müssen, aber auch können. Die Bürger unseres Landes haben bereits in der Vergangenheit gezeigt, dass sie fähig und bereit sind, ihr Bestes für die nachfolgenden Generationen und eine bessere Zukunft zu geben. Sich auf diese Fähigkeiten sowie auf den persönlichen Einsatz eines Jeden zu besinnen und darauf zu vertrauen, markiert den ersten Schritt aus der unser Land erstarrenden Depression.

Die Verschuldung des Landes und der Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern beschränkt unser tägliches Leben. Den staatlichen Aufgaben stehen ständig sinkende Einnahmen zur Erfüllung dieser gegenüber. Das daraus resultierende strukturelle Defizit ist in den letzten Jahren ungebremsst gewachsen. Unser Land muss schnellstmöglich aus dieser Schuldenfalle befreit werden. Dabei muss sich jeder von uns fragen, ob diese oder jene Aufgabe vom Staat erbracht werden muss, und ob die staatliche Leistung angemessen ist. Wir nehmen staatliche Leistungen in Anspruch, die nur finanziert werden können, indem der Staat uns mit Steuern belastet. *Denn*: Nur was im Staat erwirtschaftet wird, kann auch verteilt werden. Es ist die Pflicht des Staates, mit den finanziellen Mitteln der Bürger sparsam und interessenbezogen umzugehen. Die Aufgabenerfüllung aus Mitteln zu bestreiten, die eigentlich für Investitionen in die Infrastruktur oder für die Schaffung besserer Rahmenbedingungen für Wirtschaft, Forschung, Entwicklung sowie Lebensqualität vorgesehen sind, stellt genau wie die Kreditaufnahme keine zukunftsorientierte Politik dar.

Wir Freien Demokraten werden uns verstärkt für den zweckentsprechenden investiven Einsatz der vorhandenen Zuweisungen von Bund und anderen Bundesländern einsetzen. Damit sollen die erforderlichen besseren Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung, für die Landesentwicklung, die Landeskultur und für die notwendigen sozialen Strukturen geschaffen werden.

Wir Liberalen werden das strukturelle Defizit drastisch reduzieren, indem wir auf die Eigenverantwortung der Bürger setzen. Durch Eigeninitiative und die Bereitschaft der Bürger, sich an der Lösung der Probleme zu beteiligen, können die öffentlichen Kassen entlastet und schließlich ausreichende finanzielle Finanzspielräume für notwendige Kernaufgaben der öffentlichen Hand geschaffen werden. Wir trauen den Bürgerinnen und Bürgern Mecklenburg-Vorpommerns diese Eigeninitiative zu und fördern sie zugleich. Wir werden unser Land nur nach vorne bringen können, wenn wir bereit sind, mehr zu leisten als andere.

Mit einem Haushaltsdefizit in Rekordhöhe von 11.147 Mio. EUR (2005) und einer ständig wachsenden Pro-Kopf-Verschuldung (Ende 2004 ca. 6.000 EUR) sollen und dürfen die Bürger Mecklenburg-Vorpommerns nicht leben. Die FDP wird sich daher für ein ressortübergreifendes Umden-

ken in der Finanz- und Haushaltspolitik einsetzen. Um das strukturelle Defizit im Landeshaushalt abzubauen, muss die Landesverwaltung auf ihre Kernbereiche reduziert werden.

Auf Landes- und Bundesebene werden wir uns zudem für eine föderale Gesamtkonsolidierung der öffentlichen Hand einsetzen. Eine isolierte Konsolidierung des Landeshaushaltes würde ohne eine damit einhergehende Konsolidierung der kommunalen Haushalte als auch des Bundeshaushaltes in ihrer Wirkung verpuffen. Hierbei kommt einer Neuausrichtung des Föderalismus eine bedeutende Funktion zu. Die Entscheidungskompetenzen müssen klar abgrenzbar sein. Der Staat muss begründen, weshalb er bestimmte Angelegenheiten nicht mehr Sache eines jeden Bürgers sein lassen möchte und damit in die Freiheit des Individuums eingreift. Angelegenheiten, die der Einzelne nicht mehr zu bewältigen vermag, darf der Staat nur bis zur nächstmöglichen föderalen Ebene an sich heranziehen.

Mecklenburg-Vorpommern baut sich, ausgehend von jedem Bürger, von unten nach oben auf. Was der Einzelne selbst regeln kann, ist nicht Angelegenheit der Gemeinde. Ist die Gemeinde zur Regelung fähig, dann benötigt der Landkreis diesbezüglich keine Kompetenzen - nur so lässt sich das Prinzip der Subsidiarität bis hin nach Europa verwirklichen.

Die FDP wird sich nachhaltig dafür einsetzen, dass Mecklenburg-Vorpommern auf Bundesebene wieder stärker wahrgenommen wird.

In Bezug auf Wirtschaft und Gesellschaft ist eine Kultur der Selbstständigkeit zu fördern, in der jeder Einzelne mehr Verantwortung für sich und andere trägt, und dies nicht als Last, sondern vielmehr als Chance begreift.

Unser Weg für die nächsten Jahre lautet daher: Die Zukunft in Freiheit und mit Optimismus zu gestalten – Freiheit für Bildung und Arbeit.

Wir Freien Demokraten Mecklenburg-Vorpommerns fordern die Bürgerinnen und Bürger auf, mit uns gemeinsam, für einen Neustart in unserem Bundesland zu kämpfen. Gestalten und motivieren Sie mit uns – zum Wohle unseres schönen Landes.

1. Bildung

Erziehung, Bildung und Ausbildung junger Menschen zählen zu den Hauptaufgaben einer Gesellschaft, sie bestimmen die Lebenschancen entscheidend. Bildung und Erziehung sind Qualitätsmerkmale einer jeden Gesellschaft und Kernelemente sozialer Ordnungspolitik. Daher muss Schluss sein mit immer neuen Strukturdebatten und ideologischen Grabenkämpfen auf Kosten der Bildung.

Chancengleichheit und eine individuelle Förderung des Einzelnen schließen sich nicht aus, sondern bedingen sich. Eine moderne Allgemeinbildung bildet das Fundament für lebenslanges Lernen im Beruf, im Studium und in der Weiterbildung. Bildung ist der Schlüssel zu vielem: Gebildete Menschen leben gesünder, werden älter und sind weniger von Arbeitslosigkeit bedroht. Bildung stellt somit die Basis für unseren wirtschaftlichen Erfolg dar. Eine erfolgreiche Wirtschaft benötigt eine gute Bildung.

Bildung ist ein Qualitätsmerkmal

1.1 Vorschulische Ausbildung / Kindertagesstätten

Für uns Liberale Mecklenburg-Vorpommerns kann es bezüglich der vorschulischen Ausbildung nur ein Motto geben:

Das Wohl des Kindes steht im Mittelpunkt!

Kinder und Heranwachsende sind das Wichtigste in einer Gesellschaft. Wir müssen die Chancen der Kinder zukünftig noch mehr stärken als bislang. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass unsere Kinder die Chance bekommen, ihr Leben nach ihren eigenen Wünschen gestalten zu können. Die Gesellschaft hat die Pflicht, Kinder und Jugendliche zu fördern, aber auch das Recht, einen eigenen Einsatz für die Weiterentwicklung zu fordern. Kindererziehung ist und bleibt dabei eine zentrale elterliche Aufgabe. Die Bedeutung der Familie für das Kind und die erzieherischen Leistungen der allermeisten Familien sind ausgesprochen groß. Wissenschaftliche Untersuchungen identifizieren die Familie als zentralen „Lernort“. Hier werden Schlüsselkompetenzen und Werte vermittelt, die für den Verlauf des Lebens wichtig und zugleich prägend sind. Erziehung muss sich an den jeweiligen Entwicklungsbedürfnissen von Kindern und Jugendlichen orientieren und ihnen eine entwicklungsfördernde Unterstützung bieten. Eckpfeiler einer solchen Erziehung sind emotionale Wärme, Achtung, Respekt, kooperatives Verhalten, Verbindlichkeit und eine umfassende Förderung des Kindes.

Rechte und Pflichten

Kindertageseinrichtungen dürfen keineswegs – wie oft zu recht kritisiert – der bloßen „Verwahrung“ von Kindern dienen. Aus den jüngsten nationalen und internationalen Bildungsstudien geht hervor, dass der Bildungs- und Erziehungsauftrag des Kindergartens zukünftig deutlich in den Vordergrund rücken muss. Neuere wissenschaftliche Erkenntnisse belegen zusätzlich die Bedeutung der ersten Lebensjahre für die Entwicklung des Kindes.

Der Bildungsauftrag der Kitas

Unsere Wissensfabrik ist der Kindergarten. Wir wollen ihn zur ersten Bildungseinrichtung umgestalten, ohne dass er zu sehr verschult wird. Der Kindergarten soll die natürliche Neugier der Kinder und die Lust am Fragen und Lernen herausfordern. Dies gilt auch für das spielerische Erlernen von Fremdsprachen. Bei der Forderung nach hohen pädagogischen Standards für Kindergärten und Kinderkrippen geht es uns aber nicht ausschließlich darum, den kleinen Kindern mehr Wissen zu vermitteln. Gerade in den ersten Lebensjahren kann man Kindern altersgerecht und spielerisch viel mehr vermitteln als reines Wissen. Dazu gehören Sprachfertigkeiten, Bewegungsfähigkeiten, Neugier, Lernmotivation, Leistungsbereitschaft, Selbstbewusstsein, Selbstkontrolle, soziale Fähigkeiten und allgemeine Werte.

Nur ein ganzheitlicher Bildungsansatz in den ersten Lebensjahren beugt irreparablen Defiziten in der Schulzeit vor. Daher ist es unser erklärtes Ziel, den bestehenden Bildungsplan zu überarbeiten und auf die Altersgruppen bis fünf Jahre zu erweitern. Jedoch dürfen dabei die verschiedenen pädagogischen Ansätze nicht eingeschränkt werden. Die Kindertagesstätten müssen einen größeren Beitrag zur besseren Qualifizierung unserer Kinder leisten. Wichtig sind in diesem Zusammenhang Sprachtests. Es sollen verbindliche Diagnosen mit Sprachstandserhebungen im Alter von vier oder fünf Jahren eingeführt werden. Diese Sprachtests sollen ermöglichen, sofortige Maßnahmen einzuleiten, die dem Entwicklungsstand eines jeden Kindes gerecht werden. Kinder, bei denen erhebliche sprachliche Defizite festgestellt werden, erhalten daraufhin parallel zur Startklasse gesonderten Sprachunterricht. In der Startklasse sollen alle Kinder im letzten Jahr vor der Einschulung an mindestens zwei Tagen in der Woche vormittags von Fachpersonal unterrichtet werden. Dadurch soll sichergestellt werden, dass auch diese Kinder mit sechs Jahren in die Schule eintreten und dem Unterricht problemlos folgen können. Ohne ausreichende deutsche Sprachkenntnisse ist eine Integration in das deutsche Bildungssystem nur schwer möglich. Hier müssen – im Zusammenwirken mit den Ländern – erhebliche Anstrengungen unternommen werden, um diesen Kindern bessere Chancen auf ein selbstbestimmtes

Ganzheitlicher Bildungsansatz

Einführung von Sprachtests

Leben zu eröffnen. Die Integration von Migrantenkindern muss unserer Ansicht nach in Zukunft aktiv und systematisch gefördert werden. Sie stellt dabei zugleich eine Herausforderung und Chance dar, denn diese jungen Menschen können wichtige Brücken zwischen den Kulturen bilden.

Frühkindliche Bildung ist der entscheidende Faktor für die Chancengleichheit zu Beginn des Lebens. Jedes Kind, egal aus welcher sozialen Schicht es stammt, hat ein Recht auf Förderung. Unsere Gesellschaft kann es sich auf Dauer nicht leisten, das Potenzial der jungen Generation zu verschwenden. Im Sinne der Chancengleichheit und aufgrund von pädagogischen Erkenntnissen muss gerade auch die frühkindliche Bildung kostengünstig sein. Im Rahmen des bundesrechtlichen Rechtsanspruches auf einen Kindergartenplatz (halbtags zwischen dem 3. Lebensjahr und der Einschulung bzw. der Startklasse) sollen die Elternbeiträge schrittweise gesenkt werden.

*Chancengleichheit
zu Beginn des
Lebens*

Dem Wunsch der Eltern entsprechend, sollen Kinder in Mecklenburg-Vorpommern sowohl in Kindertagesstätten als auch von Tagesmüttern betreut werden können. Diese gelten bundesweit als qualitativ hochwertiges, zertifiziertes Kinderbetreuungsangebot gleichrangig neben der so genannten institutionellen Betreuung in Krippen.

Ziel ist und bleibt für die FDP die schrittweise Einführung eines Modells zur kostenfreien Betreuung und Förderung von Kindern im Alter von 0-6 Lebensjahren, unabhängig davon, welche Betreuungsform gewählt wird. Grundlage für die Einführung sind landesweit einheitliche Qualitätsstandards, insbesondere im Personalbereich.

*Von kostengünstig
zu kostenlos*

Hortbetreuung soll weiterhin die Schulausbildung ergänzen. Jedoch muss die Zusammenarbeit zwischen Hort und Schule zukünftig weiter verbessert werden. Räumliche Nähe und eine inhaltliche Abstimmung zwischen Hort und Schule ermöglichen eine ganzheitliche Bildung.

*Hort ergänzt
Schule*

Die besonderen Bedürfnisse von behinderten oder von Behinderung bedrohten Kindern müssen gerade in Kindertageseinrichtungen angemessen berücksichtigt werden. Integration und die Vermeidung von Ausgrenzung sind hierbei unsere Ziele.

*Kinder mit
Behinderung*

1.2 Schulen

Die Schule darf nicht aus ihrem Erziehungsauftrag entlassen werden. Sie soll den Schülern nicht nur Wissen, sondern insbesondere auch Wertevorstellungen und Normen vermitteln, mit dem Ziel, die Entfaltung der Persönlichkeit und die Selbstständigkeit von Entscheidungen und Handlungen zu fördern. Die Schule muss sich weiter der Zusammenarbeit mit Eltern, gesellschaftlichen Institutionen und Vereinen öffnen, um den Schülern die Möglichkeit zu geben, das Gelernte in der Praxis anzuwenden.

Auftrag der Schule

In der Schule ist nicht nur Kompetenz im Bereich von Wissen über das Lehren und Lernen erforderlich, sondern vor allem eine in der Praxis erprobte emotionale Intelligenz. Nur dann ist ein Gleichgewicht von Lernanreizen im Wissensbereich und Lernanreizen auf dem Gebiet der Emotion, der Vision und des Einfalls möglich. Ohne einen motivierenden Leistungsanreiz wird jedoch kein Schüler arbeiten. Eltern und Lehrer müssen diesen bis zu einem sinnvollen Grad schaffen. Wir vertrauen unseren Lehrerinnen und Lehrern. Wir bauen auf ihren Elan, ihr Engagement, ihre Professionalität und ihre emotionale Intelligenz – zum Wohle der Bildung unserer Kinder – zur Stärkung der Qualität der Bildung.

Wir Liberalen gehen davon aus, dass es deshalb einer Vielzahl bestehender Verordnungen, bürokratischer Hemmnisse und Zwänge nicht bedarf. Bildung und Erziehung leben von Freiraum, Kreativität, Spontaneität, Individualität und nicht zuletzt von der Beziehung zwischen Lehrern und Schülern. Wir setzen uns für ein Schulsystem der Vielfalt ein. Neben Regionalschulen und Gymnasien umfasst dies auch die Sonderschulen und Einrichtungen für besonders begabte Schüler. Zu dieser Vielfalt gehören ebenso die mit großer Eigeninitiative geführten Schulen in freier Trägerschaft. Schulübergreifende Angebote wie kooperative oder integrierte Gesamtschulen können eingerichtet werden, wo die Mehrheit der zu befragenden Eltern und der Schulträger dies wünschen. Differenzierung geht in diesem Zusammenhang vor Zusammenlegung.

*Bildung lebt
von Freiheit
und Vielfalt*

Die FDP spricht sich grundsätzlich für eine Schülermaximalzahl für Klassen aus.

Das Land gibt die zentralen Lerninhalte vor, die Struktur soll der Schule, der Entscheidung des Schulträgers und der Schulkonferenz vorbehalten bleiben. Zusätzlich fordern wir die Einrichtung eines politikunabhängigen Evaluationssystems, das die Leistungen von Schulen vergleichbar machen soll.

*Autonomie des
Lehrens und
Lernens*

Wir werden uns dafür einsetzen, dass zukünftig lediglich zentrale Prüfungen abgelegt werden. Die Art und Weise des Lernens als auch des Lehrens soll ansons-

ten der Schule und den Lehrern überlassen werden. Unser Ziel ist es, die Finanzierung des Bildungssystems komplett umzustellen und nicht mehr pauschal, sondern an den einzelnen Schüler zu binden. So können Eltern und Schüler ihr Wahlrecht frei ausüben. Gleichzeitig werden sämtliche Regelungen des Schullastenausgleichs entbehrlich. Qualität und Differenzierungen entstehen nur durch Wettbewerb. Wir setzen uns für einen Wettbewerb unter den Schulen und für mehr Wahlmöglichkeiten für Eltern, Lehrer und Schüler ein.

Unsere Schulen müssen die Möglichkeit erhalten, die Verantwortung für die Ergebnisse ihrer Arbeit selbst tragen zu können. Die Schule der Zukunft ist eine eigenverantwortliche und selbstständige Schule.

Die wirklich selbstständige Schule

Wir wollen, dass Schulen in die Lage versetzt werden, ein eigenes Angebotsprofil zu entwickeln, ihr Personal selbst einstellen, es selbstständig führen und eigenständig über finanzielle Mittel entscheiden zu können. Dazu zählt auch die eigene Organisation des Unterrichts. Uns ist wichtig, dass zukünftig die Eltern- und Schülerrechte gestärkt werden, aber in gleichem Maße muss auch die Verantwortung der Lehrer und Erzieher für ihre Schule gestärkt werden. Wir treten für eine Entbürokratisierung des gesamten Schulrechts und für die Befreiung von Verordnungen ein, die der Selbstständigkeit von Schulen und Lehrern entgegenwirken.

Zudem wollen wir uns dafür einsetzen, dass die Grundschulen einen weitaus höheren Stellenwert erhalten als bisher. Dort werden wichtige Voraussetzungen geschaffen, die die Motivation für ein lebenslanges Lernen stellen. In der Grundschule werden bereits die wichtigsten sozialen Werte und Normen vermittelt. Daher gehören die besten Pädagogen und die größte finanzielle Ausstattung in die erste Schuleinrichtung. In der Grundschule gelten die gleichen pädagogischen Ansätze, die auch im Kindergarten Priorität haben. Wichtig ist uns, dass jedes Grundschulkind seine Schule innerhalb von 40 Minuten erreichen kann. *Kurze Füße, kurze Wege* – das muss zum Programm gemacht werden. Grundschüler benötigen auf besondere Art und Weise den engen sozialen Kontakt zu ihren Lehrern. Aus diesem Grund machen wir uns stark für die örtliche Grundschule und auch für die Form der kleinen Dorfschule – denn Individualität ist nur in kleinen Schülergruppen optimal erzielbar. Der Blick auf andere Bundesländer zeigt, dass dort bereits pädagogische Konzepte für moderne leistungsorientierte kleine Landschulen vorliegen. Wir werden uns für die Bewahrung der ländlichen Grundschulen einsetzen, weitgehend unabhängig von der Schülerzahl. Denn die Schule im Dorf hat sich als unverzichtbare Bedingung für den Verbleib und den Zuzug

Höherer Stellenwert für Grundschulen

Kurze Füße – kurze Wege

von Familien in den ländlichen Raum herausgestellt. Sie ist nicht nur Zentrum des sozialen und familiären Lebens im Dorf, sondern auch das sichtbarste Symbol dafür, dass das Land Familienleben im ländlichen Raum überhaupt will. Schulschließungen sind immer ein klares Signal, das von Familien als Aufforderung zum Wegzug wahrgenommen wird.

Das Angebot an Ganztagschulen gilt es auszubauen. Dadurch werden zusätzliche Förder- und Unterstützungsmaßnahmen erreicht, mit denen zugleich lernschwache wie lernstarke Schüler gefördert werden. Die Ganztagschule in allen Schularten ist die Antwort auf die veränderten familiären Rahmenbedingungen. Schule kann und soll die elterliche Erziehung nicht ersetzen, aber sie kann durch eine engagierte Bildungspolitik vor Ort ergänzt werden.

*Ganztagschulen
ausbauen*

Chancengleichheit und Gerechtigkeit brauchen Freiheit und keinen Zwang. Sie werden aus unserer Sicht nicht durch eine vordergründige Diskussion über Schulsysteme erreicht, sondern ausschließlich über eine Verlagerung des Augenmerks auf die wesentlichen Beteiligten: Eltern, Lehrer und Schüler.

Das Ministerium für Bildung sollte sich – anstatt sich um immer mehr Bürokratie und Reglementierung zu kümmern – darauf konzentrieren, für Mecklenburg-Vorpommern einheitliche Prüfungsstandards zu entwickeln. Danach muss die Einführung länderübergreifender Standards erfolgen, die eine Anerkennung von Schulabschlüssen in ganz Deutschland gewährleistet.

*Einheitliche
Prüfungsstandards*

Die beste Sozialpolitik setzt für uns bei der Bildung an. In diesem Zusammenhang sprechen wir uns auch für eine Reform der Lehrerbildung in Mecklenburg-Vorpommern aus. Diese muss zukünftig eine stärkere Praxisgewichtung enthalten. Die Studierenden müssen so früh wie möglich in die Schulen, um dort erste praktische Erfahrungen zu sammeln. Außerdem muss die pädagogische Ausbildung einen wesentlich höheren Stellenwert bekommen. Die Lehrer von morgen müssen unbedingt vermehrt in Erziehungs- und in Wissensvermittlungstechniken geschult werden.

*Reform der
Lehrerbildung*

Auch in Bezug auf die Finanzpolitik bedarf es eines Umdenkungsprozesses. Wir werden uns – trotz knapper Kassen – dafür einsetzen, dass eine Umverteilung von Finanzmitteln aus dem Reparaturbetrieb der Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen in den eigentlichen Bildungsbereich mit der Priorität Grundschule erreicht wird.

1.3 Hochschulen

Die Politik läuft Gefahr, den Ruf unserer Hochschulen und die Motivation ihres Personals dank des ewigen Hin und Her in Sachen Landeshochschulgesetz zu schädigen. Die Hochschulen sind elementare Bereiche der Landesentwicklung und eine der wenigen Möglichkeiten, junge Menschen in unser Land zu holen – sie sind ein unschätzbare Exportartikel. Sie verkörpern somit einen wichtigen wirtschaftlichen und kulturellen Faktor für Mecklenburg-Vorpommern.

Wir sprechen uns klar für eine autonome Hochschullandschaft aus.

Das liberale Leitbild der künftigen Hochschule lautet:

- Unabhängigkeit
- Wissenschaftlichkeit
- Wettbewerbsfähigkeit
- Profiliertheit
- Internationalität

Wir Liberalen bekennen uns zu den Hochschulen, wollen aber den vorherrschenden staatlichen Dirigismus zurückdrängen. Wichtig ist uns weiterhin, mehr Freiräume für die Hochschulen zu schaffen, damit sie handlungsfähiger werden und eine langfristige Planungssicherheit erhalten. Dafür setzt sich die FDP für rechtsverbindliche Zielvereinbarungen zwischen dem Land und den Hochschulen ein. Die bisherigen Zielvereinbarungen hatten den Nachteil, dass sie von Seiten des Landes jederzeit ohne Konsequenzen aufgekündigt werden konnten. In Zukunft sollen derartige Zielvereinbarungen für das Land rechtsverbindliche Erklärungen sein, auf die sich die Hochschulen für die Zeit ihrer Dauer jederzeit berufen können.

*Autonomie und
Planungssicherheit*

Wir fordern Hochschulen, die nicht als nachgeschaltete Behörden verstanden und behandelt werden. Wir sind entschiedener Gegner einer Bevormundung der Wissenschafts- und Forschungslandschaft. Die Hochschulen sollen in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben in Selbstverwaltung und Selbstverantwortung wahrnehmen zu können.

*Hochschulen sind
keine Behörden*

Die FDP setzt sich daher für eine Rechtsformänderung der Hochschulen ein. Wir vertreten das Modell der Stiftungshochschulen. In diesem Modell wird den Hoch-

*Rechtsform-
änderung*

schulen im Zuge der Rechtsformänderung sowohl die Personal- als auch die Projekthoheit übertragen. Die Hochschulen erhalten nach der Umwandlung in eine Stiftung ausschließlich Globalzuschüsse über deren Verwendung sie selbstständig entscheiden. Dadurch entsteht eine Organisationshoheit für die Hochschulen, die sich nach den eigenen Bedürfnissen entsprechend ihrer Größe, Tradition und Aufgabensetzung eine Struktur gibt. Tarifliche Vereinbarungen, Stellenausschreibungen und Berufungen erfolgen dann ausschließlich innerhalb der jeweiligen Hochschule. Zudem hat diese Rechtsform den Vorteil, dass die jeweilige Hochschule den lang versprochenen Globalhaushalt erhält und zudem selbstständig Mittel umschichten kann. Auch können erwirtschaftete Überschüsse mit ins nächste Jahr genommen werden und müssen nicht mehr am Jahresende abgeführt werden.

Studiengebühren können ein sinnvoller Beitrag zur Finanzierung der Hochschulen sein. Die Entscheidung über die Erhebung von Studiengebühren überlassen wir den autonomen Hochschulen. Die Höhe der vorher fest vereinbarten Landeszuweisungen an die jeweilige Hochschule, muss von der Existenz und der Höhe der durch sie festgelegten Studiengebühren unabhängig sein, damit sich das Land nicht einseitig aufgrund von Sparzwängen aus der Hochschulfinanzierung zurückziehen kann. Im Zuge der Einführung von Studiengebühren muss die rechtliche Stellung der Studenten verbessert werden. Sie müssen gleichberechtigte Kunden der Hochschulen werden und Versäumnisse von Seiten der Hochschule einklagen können. Nicht zuletzt muss eine sozialverträgliche Finanzierung der Studiengebühren sichergestellt werden.

Studiengebühren

Die FDP empfiehlt der autonomen Hochschule den weiteren Ausbau der Fundraising-Abteilungen und den Aufbau eines Alumni-Systems.

*Fundraising
und Alumni-System*

Die FDP fordert die Abschaffung der Zentralen Vergabestelle für Studienplätze (ZVS). Die Hochschulen sollen selbst über die Aufnahme von Studenten entscheiden dürfen. Bei der Studienplatzvergabe kann jedoch nicht allein der Notendurchschnitt eine Rolle spielen. Studierende können vielmehr anhand von Aufnahmetests aufgenommen werden. Die ersten Schritte in diese Richtung sind bereits unternommen worden. Dennoch gibt es immer noch Fächer, die über die ZVS verteilt werden. Unser Anliegen ist es, die Hochschulen in Mecklenburg-Vorpommern zu ermuntern, auf die ZVS zu verzichten.

Abschaffung ZVS

1.4 Berufliche Bildung

Die rot-rote Landesregierung hat durch eine falsche Bildungspolitik die berufliche Zukunft tausender junger Menschen in Mecklenburg-Vorpommern aufs Spiel gesetzt und Entwicklungschancen klein- und mittelständischer Unternehmen vertan. Zusätzliche Bildungs- und Ausbildungsaufwendungen dieser Unternehmen werden notwendig, weil Schulabgänger immer häufiger erhebliche Ausbildungsdefizite aufweisen. Oft sind Grundfertigkeiten wie Lesen, Schreiben und Rechnen leider nur unzureichend vorhanden. Aufgrund steigender Qualifikationsanforderungen muss die Ausbildung junger Menschen an Qualität zunehmen. Benachteiligten Schülern wird nur durch eine intensivere Vermittlung von Grundfertigkeiten die Chance eröffnet, sich qualifiziert um einen Ausbildungsplatz bewerben zu können.

Besser qualifizieren

Wir werden uns dafür einsetzen, dass künftig einer mangelnden Vorbildung der Schulabgänger, zu hoher Ausbildungskosten, einer zu langen Ausbildungsdauer und zu starren Berufsbildern entgegengewirkt wird.

Die Ausbildungsberatung muss professioneller gehandhabt werden. Das duale Berufsbildungssystem muss durchlässiger und flexibler werden. Es muss fortentwickelt und nicht zerredet werden.

JA zum dualen Ausbildungssystem

Die Berufsschulen sind aufgefordert, sich stärker an den Anforderungen der Wirtschaft zu orientieren. Die Entwicklung neuer und die Überarbeitung bestehender Berufsbilder an die zukünftige Marktentwicklung muss eines der Hauptziele der Berufsschulen sein. Es ist zu prüfen, inwieweit einfache Ausbildungsberufe mit kürzeren Ausbildungszeiten verbunden und zugelassen werden können. Die Berufsschulzeiten müssen flexibler an den regionalen und branchentypischen betrieblichen Arbeitszeiten ausgerichtet werden. Ziel muss es sein, junge Menschen früher als bisher in das Berufsleben einzugliedern.

Professionalität in den Berufsschulen

Die FDP wird private und gemeinnützige Initiativen unterstützen, die zur Schaffung von Ausbildungsplätzen beitragen. Grundsätzlich ist die betriebliche vor der überbetrieblichen Ausbildung zu fördern.

Betrieblich vor Überbetrieblich

2. Wirtschaft und nachhaltiges Wachstum

Mecklenburg-Vorpommern ist ein Land mit vielen Chancen. Es gibt keinen Grund, unser Land schlecht zu reden. Wichtig ist vor allem eines: Wir müssen die Möglichkeiten nutzen, die wir haben, um unsere Zukunft selbstverantwortlich und frei gestalten zu können.

Acht Jahre rot-rote Politik in Mecklenburg-Vorpommern haben ihre Spuren hinterlassen, Chancen wurden und werden nicht genutzt. Die Bilanz: Mecklenburg-Vorpommern hat das geringste Wirtschaftswachstum und die höchste Arbeitslosenquote im Vergleich der neuen Bundesländer.

Die FDP will ein Klima des Aufbruchs schaffen. Dafür brauchen wir eine neue Kultur in der Wirtschaftspolitik unseres Landes. Wir setzen dabei auf die Menschen. Ihre Motivation ist der wichtigste Faktor in der Sozialen Marktwirtschaft. Sie ist das Fundament einer jeden guten Wirtschaftspolitik, und eine gute Wirtschaftspolitik bildet den Kern einer guten Sozialpolitik.

Klima der Motivation schaffen

Das wirtschaftliche Bild in Mecklenburg-Vorpommern ist geprägt von Kleinst- und Kleinbetrieben. Sie sind das Rückgrat unserer Wirtschaft. Es sind die kleinen Unternehmen, die kreativ sind, die sich den Herausforderungen des Marktes stellen, die für Innovation in unserem Land sorgen. Hier werden die meisten Arbeits- und Ausbildungsplätze geschaffen. Deswegen muss die Politik den vielen Handwerkern, Freiberuflern und Unternehmern ihrerseits den Rücken stärken. Es darf nicht länger nur geredet werden. Die FDP will die Probleme anpacken, mit denen die Unternehmen in unserem Land kämpfen.

Probleme anpacken

Das heißt für uns:

- Wir werden den Zugang zu neuem Kapital und Darlehen vor allem für Kleinst- und Kleinbetriebe verbessern. Hierzu werden wir bei der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft Mecklenburg-Vorpommerns einen Fond einrichten, mit dem sich die Beteiligungsgesellschaft an Kleinst-, Klein- und Mittelstandsunternehmen kurz- und langfristig still beteiligen kann. Wir werden darauf achten, dass der Zugang zu diesem Fond nicht durch bürokratische Hürden und lange Entscheidungsverfahren behindert wird.

- Wir wollen eine Investitionspolitik der öffentlichen Hand, die sich an den Bedürfnissen der kleinen Unternehmen orientiert. Das heißt für uns auch eine verstärkte Ausschreibung von handwerksfreundlichen Teil- und Fachlosen durch die öffentliche Hand.
- Wir wollen eine Verbesserung der Zahlungsmoral. Gerade die öffentliche Hand hat eine Vorbildwirkung. Das Land und die Kommunen müssen sich dieser wieder bewusst werden.
- Wir wollen einen handwerksgerechten Technologietransfer. Hierfür brauchen wir eine verbesserte Informations- und Transferstruktur an den Universitäten des Landes, damit das theoretische Anwendungswissen auch praktisch für das Handwerk nutzbar wird.
- Es ist nicht zu verantworten, dass Dumpingangebote den Markt in seiner Substanz gefährden. Zur Vermeidung von Folgekosten sollte die öffentliche Hand offensichtliche Dumpingangebote von Ausschreibungen ausschließen – keine Auftragsvergabe an den billigsten Bieter.

Die Zukunft gestalten heißt, die Schlüsselbereiche der Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern zu stärken.

Kernbereiche sind:

*Wirtschaftliche
Kernbereiche*

- Bio- und Medizintechnik
- Tourismus und Wellness
- Maritime Industrie (Schiffbau, Zulieferer, Ingenieurleistungen, Schifffahrt, Off-Shore)
- Landwirtschaft und Ernährungsindustrie

Die Ausrichtung an diesen Kernbereichen darf aber nicht dazu führen, dass gute Ideen und Ansiedlungskandidaten außerhalb dieser Bereiche nicht gefördert werden.

Ziel muss es sein, Mecklenburg-Vorpommern durch exzellentes Marketing im hart umkämpften Wettbewerb der Bundesländer um Industrieansiedlungen in einem besonderen Maße zu profilieren. Die FDP hat es sich zur Aufgabe gemacht, eine Standortoffensive zu starten, die nicht nur auf die Ansiedlung und

*Stärkung des
bestehenden
Mittelstandes*

Neugründung modernster Industrie- und Dienstleistungsunternehmen abzielt, sondern erst recht auf die Unterstützung der bereits bestehenden ansässigen Unternehmen ausgerichtet ist. Dies kann vor allem durch eine Verbesserung der örtlichen Rahmenbedingungen wie z.B. die Befreiung von Bürokratie, überhöhten Steuern und Abgaben geschehen.

Keine Standortoffensive hat Erfolg, wenn die Politik weiterhin die so genannten „weichen“ Standortfaktoren schwächt. Investoren kommen nicht in unser Land, wenn ihre Mitarbeiter Sorge haben müssen, dass das Abitur ihrer Kinder in anderen Bundesländern als zweitklassig angesehen wird.

Unser Land bietet gute Voraussetzungen für große Ansiedlungen. An dieser Stelle sind die Autobahnen, vor allem die vollendete A 20, die Seehäfen oder der Flughafen Rostock-Laage zu nennen. In diesem Zusammenhang hat die Entwicklung der A 14 als europäische Nord-Süd-Verbindung eine besondere Bedeutung für Mecklenburg-Vorpommern. Ihr Bau darf nicht so viel Zeit in Anspruch nehmen, wie für die Fertigstellung der A 20 benötigt wurde.

*Voraussetzungen
sind gegeben*

Mit Blick auf unsere leistungsfähigen Seehäfen hat die A 14 für Mecklenburg-Vorpommern eine zentrale Bedeutung, weil sie unserem Land den Zugang zum südosteuropäischen Wirtschaftsraum sichert. In der Konkurrenz um diesen Wirtschaftsraum dürfen wir die Ausgangslage von Rostock gegenüber Danzig nicht gefährden. Damit unsere Häfen in Mecklenburg-Vorpommern zum Tor nach Skandinavien und zum Baltikum werden, müssen wir auch Verkehrsprojekte außerhalb von Mecklenburg-Vorpommern unterstützen. Oberstes Ziel ist daher eine enge Verknüpfung der Landes- mit der Bundespolitik, denn nur wer über den sprichwörtlichen Tellerrand schaut, kann an intereuropäischen Effekten teilhaben.

Die Osterweiterung der Europäischen Union hat zur Folge, dass Mecklenburg-Vorpommern aus einer Randlage in die Position einer wichtigen europäischen Verbindungsregion rückt. Zudem erschließt sich mit dem Ostseeraum ein potenzieller Binnenmarkt mit über 70 Mio. Menschen.

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist für das von uns angestrebte lebendige, dezentrale und bürgernahe Europa von elementarer Bedeutung. Ein solcher Austausch auf regionaler und kommunaler Ebene zwischen Polen und Mecklenburg-Vorpommern hat jedoch bisher noch nicht den erwünschten Erfolg gebracht. Aber gerade eine intensive, unbürokratische und auf allen Ebenen

*Der Blick
gen Osten*

stattfindende Zusammenarbeit ist Kosten sparend und schafft neue Impulse. Zu denken ist dabei beispielsweise an die Errichtung grenzüberschreitender Zweckverbände für die Müll- und Abwasserentsorgung. Zu denken ist jedoch auch an Schulen und Kindergärten in kommunaler Trägerschaft sowie an gemeinsame Tourismus- und Naturschutzprojekte. Gerade mit Blick auf das Elbe- und Oderhochwasser wäre ein gemeinsamer Katastrophenschutz sinnvoll. Momentan sind solche Vorhaben aufgrund einer zu komplizierten und zeitraubenden Bürokratie oft zum Scheitern verurteilt. Deshalb ist es dringend notwendig, schnellstmöglich Rahmenabkommen zu verabschieden, die den Kommunen auf der Basis völkerrechtlicher Vereinbarungen einen größeren Handlungsspielraum ermöglichen.

Schlüsselindustrien, wie beispielsweise die Werften in den Hansestädten Rostock, Stralsund, Wismar und Wolgast, ziehen Arbeit und Aufträge für kleinere und mittelständische Unternehmen nach sich. Um ein gesundes und zukunftsfähiges Investitionsklima zu schaffen, sind bereits vorhandene wirtschaftliche Ballungszentren weiter zu unterstützen und auszubauen. Die dort schon vorhandenen Handwerks- und Dienstleistungsbetriebe leben von der Industrie. Die Schaffung von Industrieansiedlungen bedeutet für die Unternehmen eine Mehrzahl von Aufträgen und für die Bürger mehr Arbeit. Der Landesregierung ist es in den zurückliegenden zwölf Jahren nicht gelungen, mehr innovative Betriebe, vor allem aus dem produzierenden Gewerbe, nach Mecklenburg-Vorpommern zu holen. Es werden immer noch zu wenige innovative Unternehmen gegründet. Obwohl viele Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern schon innovativ tätig sind, behindern immer neue Verordnungen und Richtlinien ihre Entwicklung. Hier ist ein klarer, in die Zukunft gerichteter Kurs einer neuen Landesregierung erforderlich.

*Verbesserung des
Investitionsklimas*

Der Bürokratieabbau ist in Mecklenburg-Vorpommern noch nicht wesentlich vorangekommen. Überflüssige Regelungen wurden nur teilweise außer Kraft gesetzt, Genehmigungserfordernisse nicht auf ein Minimum beschränkt.

*Deregulierung und
Bürokratieabbau*

Für Mecklenburg-Vorpommern typische Betriebe (mit weniger als 10 Beschäftigten) haben jährliche Bürokratiekosten von über 4.000 EUR je Beschäftigten. Die Unmenge an kommunalen, Landes- und Bundesvorschriften muss deshalb energischer ausgedünnt werden, z.B. bei Verkehrs-, Entsorgungs- und Gebührensatzungen. Die Testregion Westmecklenburg ist ein erster Schritt, den Bürokratieabbau wirklich anzugehen. Die bisher beschlossenen Deregulierungsgesetze erreichen bis jetzt allerdings nur einen kleinen Teil des Mittelstandes. Sie sind deshalb weiterzuentwickeln.

Grundsätzlich ist dem Anzeigeverfahren der Vorzug vor dem Genehmigungsverfahren zu geben. Meldet sich die Behörde innerhalb eines bestimmten Zeitraumes nicht, so gilt der Antrag als genehmigt.

Das Kammerwesen bedarf einer grundlegenden Reform. Kleinstunternehmen, die keinen originären gewerblichen Charakter haben, sollten aus der Pflichtmitgliedschaft entlassen werden können. Zugleich ist die Möglichkeit der freiwilligen Mitgliedschaft zu eröffnen. Die Pflichtmitgliedschaft ist ansonsten notwendig, um dem wirtschaftlichen und politischen Übergewicht von Konzerninteressen und einzelnen Personeninteressen entgegenwirken zu können. Die Kammern müssen gefordert und in die Lage versetzt werden, wieder ihre eigentliche Aufgabe, das Gesamtinteresse der Wirtschaft zu artikulieren, wahrzunehmen. Dazu muss die innere Verfassung der Industrie- und Handelskammern und der Handwerkskammern mehr Demokratie, Transparenz und Effizienz ermöglichen.

*Reform des
Kammerwesens*

Durch einen Rückzug des Staates aus der Wirtschaft kann die Binnenwirtschaft angekurbelt werden. Öffentliche Ausgaben, die nicht zur Daseinsvorsorge benötigt werden, müssen sich einer genauen Rentabilitätsuntersuchung stellen. Viele Aufgaben, die noch von der öffentlichen Hand wahrgenommen werden, können von privatwirtschaftlichen Unternehmen übernommen werden. Die Privatisierung öffentlicher Aufgaben stärkt den Mittelstand, bringt statt höherer Staatsausgaben zusätzliche Steuereinnahmen und entlastet zusätzlich die öffentlichen Haushalte. Grundvoraussetzung ist, dass private Unternehmen diese Aufgaben zumindest gleich gut bzw. besser erledigen können. Die FDP sieht beispielsweise Potenzial in den Eichämtern, den Tourismuseinrichtungen der öffentlichen Hand, den Landesbeteiligungen im Bereich Wirtschaftsförderung und im Bereich der Arbeitsmarktförderung. Die FDP unterstützt in diesem Sinne nachdrücklich das „Bündnis gegen Staatswirtschaft“ in Mecklenburg-Vorpommern.

*Rückzug des
Staates*

Die FDP ist eindeutig gegen eine Ausweitung des § 69 der Kommunalverfassung (Wirtschaftliche Unternehmen in Privatrechtsform).

Wesentliches Einsparpotenzial sehen wir in den unübersehbaren ressortbegrenzten Förderinstitutionen. Subventionen und Förderungen sollen und dürfen nicht nach dem allseits beliebten „Gießkannenprinzip“ eingesetzt werden. Unser Ziel ist eine gezielte Förderung mit einer absehbaren Begrenzung. Die FDP setzt sich für die Schaffung eines ressortübergreifenden Förderinstituts ein. Sämtliche För-

*Förder- und
Subventionspolitik*

derrichtlinien, Zulagen und Zuschüsse sind von diesem Förderinstitut im Interesse von Transparenz und gleichen Startchancen bei der Fördermittelvergabe zu verwalten. Jede Maßnahme ist entschiedener an ihrem Erfolg zu messen. So wird Mecklenburg-Vorpommern beispielsweise nicht auf Dauer alle in der Entwicklung befindlichen Flughafenprojekte bezuschussen können. Wir befürworten eine Konzentration auf Schwerpunktstandorte.

Die Förderung von neuen Technologien und anderen Innovationen im Land wird von uns in einem Höchstmaß vorangetrieben werden. In einem Land wie Mecklenburg-Vorpommern, mit schwacher industrieller Prägung, werden nur von neuen innovativen Produktionen und neuen Märkten spürbare Arbeitsmarkimpulse ausgehen können.

Junge zukunftsorientierte Unternehmen müssen durch sachgerechte Förderung an den Wettbewerb herangeführt und stabilisiert werden, um sich dann, gefestigt auf eigenen Füßen stehend, im Wettbewerb behaupten zu können. Nur wenn Jungunternehmer das Gefühl haben, dass ihre Leistung und Eigeninitiative als Selbstständige gesellschaftliche Anerkennung findet, werden sie auch motiviert sein, das Risiko der Selbstständigkeit einzugehen. Der Öffentlichkeit muss daher die wichtige Rolle von Selbstständigen und Unternehmern in Wirtschaft und Gesellschaft verdeutlicht werden. Jede erfolgreiche Existenzgründung schafft im Durchschnitt vier bis fünf Arbeitsplätze. Das ist Grund genug, die Unübersichtlichkeit der Förderprogramme und die bürokratischen Hemmnisse abzubauen.

Mittelstandsförderung ist kein Selbstzweck, sondern sichert Arbeits- und Ausbildungsplätze.

Die Wirtschaftsförderung soll unter dem Motto:

- **Vereinfachen**
- **Vereinheitlichen**
- **Vernetzen**

neu geordnet werden.

Die FDP fordert eine generell aufeinander abgestimmte Schwerpunktsetzung der EU-Hauptfördererelemente:

EU - Förderpolitik

- Europäischer Fond für regionale Entwicklung (EFRE)

- Europäischer Sozialfond (ESF)
- Europäischer Landwirtschaftsfond für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER)

Eine optimale Abstimmung der Förderprogramme zwischen den Ministerien und damit zwischen EFRE, ESF und ELER muss nutzungsabhängig erfolgen.

Ab 2007 müssen die Schwerpunkte der EFRE-Förderung für das Programm auf:

- gewerbliche Wirtschaft
- Forschung und Entwicklung
- Infrastruktur

gerichtet sein.

Wir treten für eine Flexibilisierung des Kapitalmarktes ein. Sparkassen sind, genauso wie die genossenschaftlich geführten Banken, unverzichtbar für Deutschland, ganz besonders für Mecklenburg-Vorpommern. Sie sind unser Partner und bieten eine flächendeckende Versorgung mit einer umfassenden Produktpalette moderner kreditwirtschaftlicher Leistungen für alle Bevölkerungsgruppen sowie unseren Mittelstand.

Kapitalmarkt

Sparkassen erfüllen mit ihrem nachhaltigen Förderengagement in allen gesellschaftlichen Bereichen wichtige Aufgaben für die regionale Gemeinschaft, zu deren Erfüllung wegen leerer Kassen zumeist keine Mittel mehr zur Verfügung gestellt werden können. Sie unterstützen unsere Städte und Gemeinden durch ihre Arbeit direkt oder indirekt. Vor allem aber sind Sparkassen der erste Anlaufpunkt für lokale Finanzierungsinteressen und Kreditprüfungen. Sie sorgen für eine bedarfsgerechte Kreditversorgung in Mecklenburg-Vorpommern.

Die Hartz-Gesetze haben viele Neuerungen mit sich gebracht. Darunter auch die Neuausrichtung in der Vermittlung von Arbeitslosen und –suchenden. Eine grundlegende Reform der Arbeitsverwaltung mit einer weitgehenden Verlagerung der Zuständigkeiten auf die kommunale Ebene ist ein Schritt in die richtige Richtung. Dazu gehört auch die Abschaffung der Personal-Service-Agenturen (PSA). Private und kommunale Strukturen wissen viel besser, welche Situation vor Ort herrscht. Sie können viel besser auf die von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen eingehen als eine bürgerferne Behörde.

Abschaffung PSA

Von zunehmender Bedeutung werden permanente betriebsinterne Weiterbildungen werden. So genannte „Lehrjahre für ältere Arbeitnehmer“, sind aus der Zukunft nicht mehr wegzudenken.

Es gilt, die Wirtschaftskompetenz der FDP wieder für unser Land zu nutzen. Zusammenfassend sind das folgende Schwerpunkte:

*Liberale
Kompetenzen*

1. **Nachhaltigkeit statt Aktionismus:** Langfristige und nachhaltige Unterstützung der Unternehmen. Die Wirtschaftspolitik des Landes für die Unternehmen muss verlässlicher und effektiver sein.
2. **Helfen statt Gängeln:** Konsequenterer Abbau von Bürokratie. Den vorhandenen Personalüberhang in den Verwaltungen für einen schnelleren und besseren Service am Bürger nutzen. Ausdehnung der Testregion Westmecklenburg auf ganz Mecklenburg-Vorpommern.
3. **Unterstützen statt Erschweren:** Sinnvollere Unterstützung für bestehende Unternehmen und Existenzgründungen. Unterstützung heißt vor allem qualifizierte Versorgung mit Unternehmer-Know-how. Gezielte Förderung statt „Gießkannenprinzip“.
4. **Zukunft statt Stillstand:** Förderung von Ansiedlungen innovativer Unternehmen.
5. **Nutzen von Ideen statt Verschlafen von Chancen:** Förderung und Verbesserung des Wissenstransfers von Hochschulen und Forschungseinrichtungen in kleinere und mittlere Unternehmen.

2.1 Verkehrspolitik

Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist ein Standortfaktor von hohem Rang. Sie ist Grundbedingung für die Sicherung bestehender und die Ansiedlung neuer Arbeitsplätze. Der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur hat, bis auf wenige Ausnahmen, einen akzeptablen Stand erreicht. Dennoch ist auf diesem Gebiet eine weitere Verbesserung notwendig, insbesondere bedarf es einer besseren Vernetzung aller Bereiche der Verkehrsinfrastruktur wie Straßen, Schienen, Häfen, Wasserstraßen und Flughäfen.

*Ausbau des
Verkehrnetzes*

Gerade angesichts eines möglichen Baus der Fehmarn-Belt-Querung ist es notwendig, bereits genehmigte Verkehrsprojekte schnell umzusetzen, hierzu zählen wir zum Beispiel die A 241 und die A 14. Neue Verkehrsprojekte, sind unter dem Vorbehalt der tatsächlichen und zukünftig zu erwartenden Verkehrsströme durch

Straßennetz

die Querung genau zu prüfen. Mecklenburg-Vorpommern benötigt keine weiteren leeren Straßen.

Die Neugestaltung der Rügenanbindung wird von uns begrüßt. Der Neubau nützt aber nur etwas, wenn ein weiterer Ausbau der B 96n bis nach Bergen mit ihr einhergeht. Diesem Projekt muss eine hohe Priorität eingeräumt werden. Beide Projekte sind für die wirtschaftliche Entwicklung der Insel Rügen, als Verkehrsdrehscheibe Mittel- und Südeuropas via Skandinavien und Baltikum, unverzichtbar.

Nicht nur das Straßen-, sondern auch das Schienennetz muss an die neuen Herausforderungen angepasst werden. Hierbei ist die Richtung aus wirtschaftlicher Sicht klar vorgegeben: Weiterer Anschluss Mecklenburg-Vorpommerns an das transeuropäische Netz nach Berlin, Skandinavien und Polen.

Schienennetz

Der Ausbau des Straßen- und Schienennetzes hat auch für die Tourismusbranche einen hohen Stellenwert. Deshalb werden wir Liberalen uns für eine bessere Anbindung Mecklenburg-Vorpommerns an den Schienen-Fernverkehr stark machen. Die Strecke Berlin – Rostock ist auszubauen. Die Strecken Hamburg – Stralsund sowie Berlin – Stralsund (mit Abzweig nach Usedom) sollen als Schnellfahrtstrecken eingerichtet werden.

Wir fordern, mehr privatwirtschaftliche Unternehmen auf dem Schienennetz zuzulassen. Außerdem werden wir uns dafür einsetzen, dass eine Trennung von Netz und Betrieb im Schienenverkehr umgesetzt wird. Damit wird der Markteintritt privater Wettbewerber erleichtert, und für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes eine bessere Versorgung zu günstigeren Preisen erreicht.

Mecklenburg-Vorpommern verfügt im Bundesvergleich über die höchste Anzahl von Flugplätzen. Insgesamt wurden seit 1990 über 100 Mio. EUR in den Ausbau der Flughäfen in Mecklenburg-Vorpommern investiert. Die FDP setzt sich für eine Konzentration weiterer staatlicher Investitionsmittel auf den Flughafen Rostock-Laage ein.

Flughäfen

Die weitere Sicherung sowie den Ausbau der Schifffahrts- und Fährfähigkeit im Ostseeraum, gilt es voranzubringen. Auch hier sind – mit Hinblick auf die geplante Fehmarn-Belt-Querung – die derzeitigen Fährstandorte in unserem Land weiter zu stärken. Nur so hat unsere Wirtschaft die Chance, den Wirtschaftsraum „Ostsee“ weiter zu erschließen.

Häfen

Der schnelle und umfangreiche Ausbau der Wasserstraßen, insbesondere der Bundeswasserstraßen, liegt uns Liberalen angesichts der steigenden Warenströme auf dem Wasser sehr am Herzen. Hier bietet Mecklenburg-Vorpommern ein riesiges Potenzial. Grundlage all dessen ist ein umfangreiches Sicherheitskonzept für die Wasserstraßen und die Ostsee. Wir werden uns für die Umsetzung geltender internationaler Vereinbarungen einsetzen.

Wasserwegenetz

Fragen des Verkehrs haben in unserem dünn besiedelten Flächenland für alle Bürger eine besondere Bedeutung. Die Belastungen durch die Ökosteuer und die stetig steigenden Öl- und Gaspreise, zwingen uns zu handeln. Deshalb treten wir dafür ein, dass der öffentliche Personenverkehr nicht eingeschränkt, sondern mit Hilfe eines flexiblen Verkehrsverbundes zielstrebig ausgebaut und dabei auf die Bedürfnisse verschiedenster Personengruppen zugeschnitten wird. Die Förderung regionaler privater Verkehrsgesellschaften zur Sicherstellung des öffentlichen Personennahverkehrs auf Schiene und Straße ist eine der notwendigen Maßnahmen, um für die Menschen in unserem Land ein attraktives Angebot im ÖPNV erhalten und schaffen zu können.

ÖPNV

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass der ÖPNV bezahlbarer, flexibler und auf die Erfordernisse einer alternden Landbevölkerung zugeschnitten werden soll.

Gerade in einem Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern ist über eine Einführung des Führerscheins ab dem 17. Lebensjahr nachzudenken.

2.2 Tourismus

In unserem Land verdienen der Tourismus und die davon profitierenden Unternehmen eine besondere Beachtung und Unterstützung.

Mecklenburg-Vorpommern erfreut sich als Tourismusstandort einer immer weiter wachsenden Beliebtheit. Dass dies keine Selbstverständlichkeit ist, wissen die vielen Beschäftigten im Hotel- und Gaststättengewerbe am besten. Nur durch sie und die vielen Selbstständigen im Tourismusbereich ist es gelungen, Mecklenburg-Vorpommern zu einer der schönsten Urlaubsregionen in Deutschland zu machen. Ihre Arbeit gilt es, weiter zu unterstützen. Aber Unterstützung bedeutet nicht noch mehr Bürokratie und nicht noch mehr staatliches Eingreifen. Das Hotel- und Gaststättengewerbe und die anderen Anbieter im touristischen Bereich wissen selbst, was ihnen hilft und was nicht. Der Staat darf dort nicht weiter inter-

*Wirtschaft und
Tourismus*

venieren. Eine Ausweitung der Befugnisse der Testregion zur Deregulierung – West-Mecklenburg – ist zu befürworten. Davon profitiert vor allem der wichtigste Wirtschaftsbereich in Mecklenburg-Vorpommern, der Tourismus.

Deregulierung

Die staatliche Förderung des Tourismusverbandes, die staatlich finanzierten Werbemaßnahmen zur Förderung des Tourismus und die im Bereich des Tourismus laufenden Einzelkampagnen müssen regelmäßig mit dem Ziel überprüft werden, Mehrfachzuständigkeiten und wettbewerbsverzerrende Überförderungen sowie die Entstehung eines Kosten verursachenden Verwaltungsüberbaus zu vermeiden. Nur ein weiterer Bürokratieabbau kann der Entwicklung des touristischen Bereichs weiterhelfen.

Beim Bau neuer touristischer Anlagen und Hotels ist uns Liberalen wichtig, dass der Subventionsabbau vorangetrieben wird. Ansonsten besteht die Gefahr, dass Strukturen und Überkapazitäten geschaffen werden, die den Markt in seinem Aufbau verzerren. Bestehende Angebote, insbesondere die vielen in Familienbesitz befindlichen Betriebe, Hotels, Pensionen und Gasthöfe, dürfen keiner weiteren Gefahr einer Destabilisierung ausgesetzt werden.

Subventionsabbau

Wir wollen eine Überprüfung von Gesetzen, Standards und Regelungen im deutschen und europäischen Vergleich, um unsere Tourismuswirtschaft in Deutschland und in der EU konkurrenzfähig zu machen. Auch über ein Hinwirken auf reduzierte Mehrwertsteuersätze für das Gastronomie- und Hotelgewerbe, ist nachzudenken.

*Überprüfung von
Verordnungen und
Gesetzen*

Kampagnen wie „M-V tut gut“ und „Standortoffensive“, sind nicht nur einer ständigen Erfolgskontrolle zu unterziehen, sondern an ihrer Ausarbeitung müssen zukünftig professionelle Touristiker und Werbestrategen mitwirken. Denn nur die Branche selbst weiß, was für sie Erfolg versprechend ist.

*Kampagnen
brauchen Experten*

Weiterhin streben wir eine Fortentwicklung des sanften Tourismus an. Deshalb werden wir uns für einen weiteren Ausbau der Fahrrad-, Reit-, Wander-, Skater- und Wasserwanderwege in ganz Mecklenburg-Vorpommern einsetzen. Diese touristischen Infrastrukturen müssen weiter ein hohes Niveau aufweisen. Mecklenburg-Vorpommern muss zur starken Marke im Tourismus ausgebaut werden. Dies beinhaltet auch eine Ausrichtung auf neue Tourismuskfelder.

*Fortentwicklung
der Marke „M-V“*

Wichtig ist uns vor allem aber auch die Verbesserung des barrierefreien touristischen Angebotes. Menschen mit Behinderungen sollten nicht aufgrund eines eingeschränkten Angebotes auf ihren Urlaub in unserem schönen Land verzichten müssen.

*Barrierefreier
Tourismus*

Des Weiteren wird sich die FDP für eine dauerhafte Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten einsetzen. Touristen darf nicht die Möglichkeit genommen werden, an ihrem Urlaubsort auch abends ihren Einkaufswünschen nachzugehen. Diese Selbstverständlichkeit gehört genauso wie ein reichhaltiges Tourismusangebot zu den so genannten weichen Standortfaktoren. Jeder Ladenbesitzer muss selbst entscheiden können, wann und wie lange er sein Geschäft öffnen möchte.

Öffnungszeiten

Nicht zuletzt sprechen wir Liberalen Mecklenburg-Vorpommerns uns klar gegen die Einrichtung des Bombodroms in der Kyritz-Ruppiner Heide aus.

*NEIN zum
Bombodrom*

2.3 Landwirtschaft

Die Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft ist eine erfolgreiche, innovative und leistungsorientierte Branche der Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern. Dieser Bereich hat für die FDP einen sehr hohen Stellenwert. Deshalb werden wir für einen verlässlichen Handlungsrahmen landwirtschaftlicher Betriebe kämpfen.

*Landwirtschaft
gehört zu M-V*

Wir bekennen uns zu einer flächendeckenden Landwirtschaft. Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft sowie die Jägersgesellschaften haben für die Erhaltung und Pflege unserer Kulturlandschaft mehr geleistet als jede Öko-Steuer. Für Naturschutz und Fremdenverkehr ist eine ökologisch verträgliche und mit Verständnis für kulturelle Traditionen betriebene Landwirtschaft ein wichtiger Partner.

Ökologischer Landbau und eine großflächige Landwirtschaft schließen einander nicht aus. Die Umstellung konventionell wirtschaftender Betriebe auf alternativen Landbau ist eine Möglichkeit der Verbreiterung des Angebots landwirtschaftlicher Produkte. Sie ist zu fördern, sofern ein Markt für diese Produkte besteht. Wir Liberalen lehnen allerdings eine überzogene Propagierung und finanzielle Unterstützung ökologischer Produktion ab.

*Ökologie und
Landwirtschaft*

Wir brauchen Masse und Klasse. Vorrangiges Ziel ist dabei die Versorgung der Bevölkerung mit qualitativ hochwertigen Nahrungsmitteln aus allen Produktionsrichtungen. Der Verbraucher ist objektiv über die Qualität der landwirtschaftlichen

Masse und Klasse

Erzeugnisse zu informieren – sowohl über ökologische als auch konventionell erzeugte Produkte.

Die FDP setzt sich für eine Agrarpolitik ein, die die Landwirte nicht bevormundet, sondern Freiraum für unternehmerische Fähigkeiten lässt und damit unternehmerische Gestaltungsspielräume gewährleistet. Der unternehmerisch denkende und handelnde Landwirt steht im Mittelpunkt liberaler Agrarpolitik.

Die Landwirtschaft befindet sich in einem ständigen Entwicklungs- und Anpassungsprozess, der den landwirtschaftlichen Unternehmen große Kreativität und Flexibilität abverlangt. Unser Ziel ist es deshalb, künftig eine wettbewerbsfähige flächendeckende, innovative und verbraucherorientierte Landwirtschaft zu erhalten und gleichzeitig zu sichern. Die Agrarreform 2004/2005 hat mit der Entkopplung der Direktzahlungen von der Produktion den Weg und die Notwendigkeit zu mehr Marktorientierung für Landwirte vorgezeigt. Allerdings hat sie auch durch Cross-Compliance und neue Prämienrechte zu erheblich mehr Bürokratie geführt, die von den Landwirten bewältigt werden muss.

*Liberaler
Agrarpolitik*

Die FDP wird sich für ein System einsetzen, das die Antrags- und Verwaltungsverfahren vereinfacht und flächengebundene Ausgleichszahlungen in den Mittelpunkt stellt.

*Vereinfachung von
Antragsverfahren*

Eine gute Agrarpolitik darf langfristig existenzfähige Betriebe, gleich welcher Rechtsform, nicht in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung benachteiligen. Wir sprechen uns gegen Förderobergrenzen aus. Die Agrarpolitik des Bundes und der EU darf nicht gegen die Landwirtschaft ganzer Regionen – wie Mecklenburg-Vorpommern und die neuen Bundesländer – insgesamt gerichtet sein.

*Gegen
Förderobergrenzen*

Wer Wettbewerb will, muss für vergleichbare Rahmenbedingungen sorgen. Nationale Sonderwege passen nicht in eine europäische Agrarpolitik und verstärken die vorhandenen Kostennachteile unserer Landwirte gegenüber denen europäischer Wettbewerber. Die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern darf nicht durch überzogene Auflagen im Vergleich zu anderen Regionen und Mitgliedsstaaten der EU benachteiligt werden. Deshalb müssen unnötige bürokratische Auflagen, die über das EU-Recht hinausgehen, an dieses angepasst werden. Dies betrifft vor allem Anforderungen im Umweltschutz, im Pflanzenschutz, in der Tierhaltung und in der Produktionstechnik. Die FDP setzt sich für den Erhalt gleicher Wettbewerbsbedingungen innerhalb der EU ein. Unterschiedliche Produkti-

*Gleiche
Wettbewerbsbedin-
gungen in der EU*

onsauflagen und steuerliche Belastungen führen zu internationalen Wettbewerbsverzerrungen.

Die Vermarktungsstruktur für Veredelungsprodukte wie Milch, Milchprodukte und Fleisch, ist weiter zu entwickeln, um deren Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Die Entwicklung marktfähiger Produkte und ihre Markteinführung sind zu fördern. Die Belieferung der Zentren im Land – wie auch der Metropolen Hamburg und Berlin – mit frischen Lebensmitteln könnte in weitaus stärkerem Maße durch Betriebe aus Mecklenburg-Vorpommern erfolgen. Es müssen weitere Anstrengungen unternommen werden, die Produkte aufgrund ihrer Qualität zu verkaufen und nicht durch Preisdumping zu verschleudern. Durch die gemeinsame Vermarktung touristischer Angebote mit ausgesuchten Spezialitäten aus Mecklenburg-Vorpommern, ist die Bekanntheit unserer Produkte weiter zu verbessern.

Wettbewerbsfähigkeit stärken

Die landwirtschaftliche Produktion muss auf eine nachhaltige Bewirtschaftung und umweltgerechtes Handeln abzielen. Naturschutz kann nur mit den Landwirten – und nicht gegen sie – sinnvoll umgesetzt werden. Bewirtschaftungseinschränkungen, die über die allgemein geltenden gesetzlichen Grundlagen hinausgehen, müssen daher angemessen ausgeglichen werden. Pflegemaßnahmen in Schutzgebieten sind an Landwirte zu vergeben, statt sie von kosten trächtigen Verwaltungen durchführen zu lassen. Eine extensive Bewirtschaftung im Rahmen des Vertragsnaturschutzes muss Vorrang vor der Ausweisung von Schutzgebieten, z.B. FFH-Gebieten, haben. Die FDP setzt sich für den Erhalt ökologisch gewachsener Strukturen ein.

Nachhaltigkeit

Mit der Entwicklung auf den Energiemärkten gewinnen Land- und Forstwirte auch als Produzenten von Nachwachsenden Rohstoffen immer mehr an Bedeutung. Landwirte haben die Chance, sich damit ein weiteres Produktionsfeld zu erschließen. Wir treten für die Verbesserung der Rahmenbedingungen zur verstärkten Nutzung Nachwachsender Rohstoffe ein. Weitere Anstrengungen in der Forschung, Entwicklung und der Markteinführung von Produkten aus Nachwachsenden Rohstoffen werden von der FDP unterstützt.

Nachwachsende Rohstoffe

Wir Liberalen setzen uns dafür ein, dass die Ergebnisse moderner Züchtungsmethoden, wie der Grünen Gentechnik, auch der heimischen Landwirtschaft zur Verfügung stehen. Die Potenziale der Grünen Gentechnik sind vielfältig. Vor lauter Besorgnis über mögliche Risiken, darf man die Augen nicht vor den Chancen verschließen, die sich für die Verbraucher und die Landwirtschaft durch eine

Grüne Gentechnik

Verminderung von Umweltbelastungen, eine Verbesserung von Nahrungsmitteln und die Optimierung nachwachsender Rohstoffe ergeben. Vor dem Anbau durchlaufen genetisch veränderte Kulturpflanzen ein umfangreiches Zulassungsverfahren, um die Unbedenklichkeit der aus ihnen hergestellten Nahrungs- und Futtermittel zu sichern. Die Rahmenbedingungen für die Grüne Gentechnik müssen die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher angemessen berücksichtigen, den Produzenten in der Land- und Ernährungswirtschaft Planungssicherheit gewährleisten und Innovationen in Deutschland ermöglichen.

Die Verbraucher haben Anspruch auf eine vollständige Information über Inhaltsstoffe der von ihnen gekauften Lebensmittel. Die Kennzeichnungspflicht und die Vorschriften über die Rückverfolgbarkeit dienen der Verbraucherinformation und tragen dazu bei, die Wahlfreiheit zu verwirklichen.

Die Fischereiquotenverteilung zwischen den Nordländern muss zu Gunsten unseres Landes verbessert werden. Fanggebiete sind zu sichern. Der Fischereiwirtschaft sollen zusätzliche Geschäftsfelder, z.B. im Tourismus, eröffnet werden.

Fischerei

3. Kultur

Kultur ist die wesentliche Basis für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Sie führt Menschen zusammen und veranlasst uns, über die Werte in unserer Gesellschaft nachzudenken und unser Leben zu gestalten. Darüber hinaus verkörpert Kultur in einem Tourismusland wie Mecklenburg-Vorpommern einen wichtigen Teil unserer Wirtschaft. Viele Unternehmer, Freiberufler und Selbstständige sind im Kulturbereich tätig. Es sind aber nicht nur sie, die die Kultur bereichern; ohne die vielen Freiwilligen und Senioren, die sich engagieren, wären viele Kultureinrichtungen nicht mehr am Leben zu erhalten.

Basis des Zusammenhalts

Mecklenburg-Vorpommern besticht durch sein reichhaltiges und vielfältiges Kulturleben. Dieses breite kulturelle Angebot holt Touristen in unser Land. Aus diesem Grund ist das „Kaputtsparen“ der jetzigen Landesregierung ein völlig verkehrter Denkansatz. Ausgaben für Kunst und Kultur sind in ihrem Wert nicht zu unterschätzen. Sie dürfen bei Haushaltsdiskussionen nicht zuerst auf der Streichliste stehen.

Kultur braucht Planungssicherheit

Die Landespolitik darf sich daher nicht aus der Verantwortung für ein abwechslungsreiches Kulturleben ziehen. Für uns steht es außer Frage, dass die Kultur und deren Erhaltung als Ziel im Grundgesetz verankert werden muss. Dafür werden wir uns auf Landesebene einsetzen.

Kultur gesetzlich verankern

Die Förderung von Kultur ist eine unverzichtbare öffentliche und gesellschaftliche Aufgabe. An dem reichhaltigen Angebot kultureller Einrichtungen in Mecklenburg-Vorpommern wollen wir festhalten und weitere Schwerpunkte setzen. Die Bedingungen und Anreize für ein bürgerliches Engagement im Bereich der Kultur müssen weiter verbessert werden. Dazu können unter anderem auch die betreffenden Beschlüsse der Altenparlamente umgesetzt werden. Senioren bringen sich seit Jahren im kulturellen Bereich erfolgreich ein. Dies muss weiter unterstützt werden.

Bürgerliches Engagement stärken

Auch den Einsatz privater Mittel, insbesondere in Form privaten Stiftungskapitals, gilt es zu fördern. Hierzu ist auf eine weitere Verbesserung des Stiftungs- und Stiftungssteuerrechts hinzuwirken. Die FDP wird sich für eine bundesweite Reform des Gemeinnützigkeitsrechts dahingehend einsetzen, dass die tatsächlichen Aufwendungen auch von der Steuerschuld abgesetzt werden können. Auch die Einrichtung von Stiftungen des öffentlichen Rechts muss gerade für Kommu-

Kultur braucht Freiheit

nen vereinfacht werden. Denn sie sind Träger vieler wertvoller Kultureinrichtungen – Kulturpolitik ist Kommunalpolitik. Das Land muss sich in diesem Bereich klar auf seine Kernaufgaben konzentrieren – die heißen: Bewirtschaftung und Förderung von Kulturgütern mit landesweiter Bedeutung, wie z.B. von Theatern und Festspielen.

Stiftungen des öffentlichen Rechts ermöglichen neben den für die Kommunen mittlerweile lebensnotwendigen Einsparungen auch eine längere Planungssicherheit für die staatlichen Einrichtungen, da Zuschüsse im Rahmen der Rechtsakte zur Schaffung einer solchen Stiftung langfristig festgeschrieben werden müssen. Zudem erhalten die Einrichtungen dadurch eine größere Unabhängigkeit in Bezug auf die Politik. Einer freien Entwicklung, einer Schärfung der Profile und des Potenzials steht dann nicht mehr das Bangen um Zuschüsse im Weg. Die Einrichtungen werden aus den Haushalten der Kommunen und Gemeinden herausgelöst. Dies hat zur Folge, dass die erzielten Einnahmen den Kultureinrichtungen direkt zur Verfügung stehen. Grundlage für ein neues Stiftungsrecht in Mecklenburg-Vorpommern soll das Berliner Stiftungsrecht bilden.

Die FDP spricht sich dafür aus, die Kulturförderung des Landes in eine langfristige Förderung umzugestalten. Mit den Kultureinrichtungen, die durch das Land gefördert werden, sollen langfristige Verträge abgeschlossen werden. Dadurch entsteht auf beiden Seiten eine Planungssicherheit, die heute nicht vorhanden ist. Denn im Gegensatz zu den kommunalen Einrichtungen können private Kulturträger nicht gänzlich in Stiftungen überführt werden. Nichtsdestotrotz brauchen auch diese eine gewisse Planung ihrer Mittel, damit auch langfristige Projekte und eine Weiterentwicklung der Einrichtungen möglich sind. Bisher mussten Fördermittel des Landes stets mit der Aufstellung eines neuen Haushaltes neu beantragt werden. Dadurch waren sie den Schwankungen der Haushaltslage nur allzu stark unterworfen, und viele Träger wurden durch die plötzliche Reduzierung der Zuwendungen an den Rand des Ruins gebracht. Durch die Umstellung auf eine längerfristige Förderung soll dies in Zukunft vermieden werden. Freie Träger erhalten so die Chance, sich auf drohende Kürzungen vorzubereiten, da sie bereits ein bis zwei Jahre vor der Zuwendungsreduzierung davon in Kenntnis gesetzt werden.

*Kultur braucht
Sicherheit*

4. Gesundheit

Mecklenburg-Vorpommern hat das ehrgeizige Ziel, das Gesundheits- und Wellness-Bundesland zu werden. Einen Anspruch auf diese Position kann aber nur stellen, wer die Bedeutung der Gesundheit als Wirtschaftsfaktor erkennt. Um dies erreichen zu können, ist es notwendig, das ambulante und stationäre Gesundheitssystem zu reformieren und an die Besonderheiten unseres Landes anzupassen. Grundsätzlich gelten dabei die überregionalen liberalen Forderungen nach mehr Wettbewerb der Versicherer und Leistungserbringer und nach mehr Transparenz für die Versicherten.

Ambulante ärztliche Versorgung

Bereits heute besteht die Bedrohung durch „weiße Flecken“ mit fehlender ambulanter ärztlicher Versorgung. Tendenziell wird sich die Situation verschärfen. Fehlende ambulante Arztstrukturen müssen teilweise teuer durch stationäre Versorgung kompensiert werden.

Wir Liberalen fordern daher:

1. Flexibilisierung der ambulanten ärztlichen Versorgung durch Aufhebung der Zulassungs- und Budgetgrenzen; Liberalisierung der Werbungs-, Vertrags- und Organisationseinschränkungen.
2. Stärkung des Hausarztes als Hilfesteller des Patienten durch das Gesundheitssystem bei gleichzeitiger Wahlfreiheit der Patienten.
3. Vereinfachung des Zulassungssystems für Haus- und Fachärzte, Schaffung von Möglichkeiten für Zweitpraxen von Ärzten, die in ländlichen Regionen tätig sind.
4. Absicherung einer flächendeckenden ärztlichen Versorgung durch landesseitige Unterstützung von Praxisgründungen mit Investitionszulagen.
5. Stärkung und Fortentwicklung der Qualitätssicherung.

Die ambulante Pflege gewinnt weiter an Bedeutung. Im Rahmen betreuter Wohnformen oder durch den Umbau der eigenen Wohnung können immer mehr Menschen, insbesondere ältere Mitbürger, länger im angestammten Wohnumfeld verbleiben. Neben der Betreuung durch pflegende Angehörige ist dafür eine fachlich qualifizierte ambulante Pflege Voraussetzung. Für alle altersgerechten Angebote muss ein Grundsatz gelten: Selbstständige Lebensführung statt Betreuung.

Ambulante Pflege

Immer mehr Landkreise haben sich aus der investiven Förderung ambulanter Pflegedienste zurückgezogen. Aufgrund der Bundesgesetzgebung werden die Investitionskosten auch von den Pflegekassen nicht übernommen. Die Pflegedienste stellen diese Kosten somit direkt dem Patienten in Rechnung. Dadurch wird der Bezug ambulanter Pflege abhängig vom Einkommen. Gerade dies sollte durch die Einführung der Pflegeversicherung vermieden werden.

Um die Wirkung der Pflegeversicherung im ambulanten Bereich nicht zu gefährden, fordert die FDP in Mecklenburg-Vorpommern daher:

1. Änderung des Landespflegegesetzes und Einführung einer Subjektförderung zur Finanzierung von Investitionskosten der ambulanten Pflegedienste für sozial- und einkommensschwache Patienten.
2. Gezielte Unterstützung der Kommunen, hochwertige betreute Wohneinheiten zu fördern, damit Mecklenburg-Vorpommern Pflege als Gesundheitsleistung anbieten kann.
3. Fortschreibung des Altenseniorenprogramms „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“, um der Alterstruktur unserer Bevölkerung Rechnung zu tragen.

Der Ausstieg aus der staatlichen Objektförderung und der Bedarfsplanung nach Kassenlage im vergangenen Jahr wird von uns begrüßt. Um die noch vorhandenen Ungerechtigkeiten im Wettbewerb und die damit verbundenen Folgen für die Patienten zu beseitigen, müssen finanzielle Übergangslösungen entwickelt werden. Ohne eine staatliche Planung und Kontrolle wieder einzuführen, soll vom Land Mecklenburg-Vorpommern ein Umschuldungsprogramm aufgestellt werden. Den betroffenen Trägern muss gegenüber den finanzierenden Banken mit Unterstützung der Landesregierung eine Tilgungsstreckung ermöglicht werden, die sie wieder wettbewerbsfähig macht. Das vor einigen Jahren erneuerte Landespflegegesetz ist im Hinblick auf Gerechtigkeitslücken zu überprüfen.

Grundsätzlich gilt auch bei der Rehabilitation der Grundsatz: *ambulant vor stationär!* Es sind Modelle zu fördern, die die körperliche und geistige Rehabilitation von Patienten im persönlichen Umfeld fördern. Die Ansiedlung ambulanter Rehabilitationszentren ist im Rahmen von Modellprojekten zu unterstützen. In ihnen kann gesundheitliche Rehabilitation parallel zur beruflichen Wiedereingliederung erfolgen. Derartige Modelle sind langfristig Kosten sparend.

Rehabilitation

Die FDP in Mecklenburg-Vorpommern ist für eine stärkere Ausrichtung des Wettbewerbs im Krankenhaussystem. Die qualitativ und wirtschaftlich beste Lösung muss sich durchsetzen. Das Festhalten an der antiquierten Krankenhausbettenplanung gefährdet dieses Ergebnis jedoch. Eine moderne effiziente, qualitäts- und leistungsorientierte Krankenhausplanung fördert die medizinische Höchstleistung und sichert die Versorgung mit stationären Grundleistungen, insbesondere in ländlichen Regionen. Eine entsprechende Planung der Leistungsbedürfnisse kann nur partnerschaftlich mit allen Beteiligten realisiert werden. Grundsätzlich sollen dabei private und freie gemeinnützige Träger von Krankenhäusern eine besondere Berücksichtigung finden. Nach erfolgreicher Planung sollte sich das Land weitgehend aus der Steuerung und Kontrolle zurückziehen und nur bei zu erwartenden strukturellen Defiziten steuernd in die stationäre Versorgung eingreifen.

*Krankenhaus-
versorgung*

Zu einem Gesundheitsland gehört auch die Spitzenforschung im Life Science Bereich: Gesundheitsprävention, Gesundheitstourismus, prophylaktische Seniorenpflege. Hier gibt es in Mecklenburg-Vorpommern weiter ausbaubare Potenziale.

*Potenziale im
Gesundheitsbereich
nutzen*

Freie Kapazitäten im Gesundheitswesen Mecklenburg-Vorpommerns müssen deutschland-, europa- und weltweit durch ein verstärktes Marketing beworben werden. Dabei werden wir uns für die Einrichtung einer Marketingagentur einsetzen, die Gesundheitsleistungen aus Mecklenburg-Vorpommern weltweit vermarktet. Das sichert Arbeitsplätze und verstärkt den Ruf Mecklenburg-Vorpommerns, ein „Gesundheitsland“ zu sein. Ein verstärkter Gesundheitstourismus sichert auch die medizinische Versorgung der einheimischen Bevölkerung finanziell und strukturell ab.

Gesundheitsexport

Der nachweislich zunehmende Gebrauch legaler Suchtstoffe und die ineffiziente Politik der Landesregierung bezüglich legaler wie illegaler Suchtmittel, kollidieren mit unserem Anspruch, „Gesundheitsland“ zu sein. Die FDP Mecklenburg-Vorpommern fordert daher:

Gesundes M-V

1. Die Erarbeitung eines konzentrierten Handlungsrahmens gegen Sucht und Drogen.
2. Ein Rauchverbot an Schulen und in öffentlichen Einrichtungen.
3. Den Ausbau eines umfangreichen und zielgruppenadäquaten Präventionsprogramms.

Die FDP setzt sich für die Stärkung einer präventiv arbeitenden Sucht- und Drogenberatung ein.

5. Umwelt- und Naturschutz

Mecklenburg-Vorpommern ist ein vorwiegend agrarisch geprägtes Flächenland (23.178 km²).

*Ein Land mit
Ressourcen und
Potenzial*

Unser Land muss es schaffen, sein naturräumliches Potenzial als Entwicklungsmöglichkeit zu erkennen und diese Stärke zur Schaffung von Arbeitsplätzen im Umwelt-, Landwirtschafts- und Tourismusbereich umzusetzen. Die kreative Anwendung der in diesem Bereich geltenden Gesetze und Vorschriften ermöglicht die Umsetzung von Entwicklungsplänen in Industrie, Handel und Tourismus. Deshalb stellt die ideologiefreie Betrachtung von Umwelt und Landwirtschaft eine dringende Voraussetzung dar.

Wir stehen für einen nachhaltigen Schutz der Natur und unserer Lebensgrundlagen. Wir sichern die Lebensqualität künftiger Generationen sowie die natürlichen und gesellschaftlichen Ressourcen. Umweltpartnerschaften sind in Bezug auf die zunehmende Globalisierung auch für Mecklenburg-Vorpommern sinnvoll.

*Natur ist
Lebensqualität*

Die rot-rote Landesregierung liefert ein Musterbeispiel für konzeptlosen Öko-Aktionismus ohne Rücksicht auf ökonomische Kosten. Andauernd neue Verordnungen, Auflagen und Verbote, rein aus Prestige Gründen, demotivierende Gesetzesnovellen im Abfall- und Naturschutzrecht, tragen nicht zum Schutz und zur Nutzung der Umwelt bei, sondern verhindern vernünftiges Wirtschaften, vernichten Arbeitsplätze und schaden somit Mecklenburg-Vorpommern.

Deregulierung

Unser liberales Konzept lautet: Naturschutz und Umweltpolitik nicht gegen die Menschen, sondern mit ihnen und vor allem für sie.

Wir fordern daher eine engere Zusammenarbeit der Wirtschaft im Umweltschutzbereich. Die freiwillige Teilnahme am Öko-Audit muss in Form von Entlastungen bei der Berichtspflicht und auch bei Genehmigungsverfahren berücksichtigt werden. Der Öko-Audit beinhaltet, dass teilnehmende Unternehmen eine Umwelterklärung zu veröffentlichen haben, in der sie über die direkten und indirekten Auswirkungen ihres Handelns auf die Umwelt, ihre Umweltleistung und -ziele berichten müssen.

Öko-Audit

Wir Liberalen stehen für eine ausgewogene Landschaftsplanung und -entwicklung. Die Schaffung von Entwicklungszentren, in denen wirtschaftliche

*Planung schafft
Sicherheit*

und wissenschaftliche Schwerpunkte gesetzt werden, verringert den Flächenverbrauch und führt zu industriellen Schwerpunkten mit Ausstrahlung in die Fläche. Infrastrukturelle Verbesserungen dienen der Arbeitsplatzschaffung. Deshalb ist eine gezielte Ansiedlungspolitik von Unternehmen planerisch zu begleiten. Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen müssen grundsätzlich vorher geklärt und somit eine Ansiedlung erleichtert werden. Es ist zu überprüfen, ob durch die Zusammenlegung dieser Maßnahmen eine planerische Vereinfachung und damit eine zeitliche Straffung erreicht werden kann. Eine Koordinierung der bei Erschließungen zu beachtenden Gesetze und Vorordnungen, wie z.B. der Wasser-Rahmenrichtlinie, Natur- und Bodenschutz und FFH-Richtlinie, sind auf den jeweiligen Ebenen begleitend vorzunehmen.

Dort, wo Landschaftselemente einen Schutzstatus haben, sind durch Managementpläne Inhalte von potentieller Nutzung und Schutz abzustimmen. Flächeneigentümern und Nutzern muss bei Ertragsverringerung über den Vertragsnaturschutz ein Ausgleich zukommen. Nur so bleibt die Kulturlandschaft erhalten, nur so können sich Schutzgebiete besser entwickeln. Die ganzheitliche nachhaltige Förderung der herrlichen Mecklenburger Landschaft ist Ziel liberaler Umweltpolitik.

Natur- und Umweltmanagement

Die FDP setzt konsequent auf die Anwendung energiesparender Systeme. Eine sichere und umweltfreundliche Energiepolitik bildet die Grundlage der wirtschaftlichen Entwicklung und ist von erheblicher Bedeutung für die Standortqualität. Wir stehen für einen technikoffenen Energiemix. In Mecklenburg-Vorpommern überwiegen Kraftwerke mit fossilem Energieträger. Hier ist zur Aufrechterhaltung der Energiesicherheit beim weiteren Ausbau auf die Reduzierung des CO₂-Ausstoßes hinzuwirken. Eine durchgängige Kraft-Wärmekopplung ist anzustreben. Erneuerbare Energien wie Fotovoltaik, Erdwärme, Biomasse und Windkraft tragen wesentlich zum Klimaschutz bei und werden in den nächsten Jahren durch eine Steigerung des Wirkungsgrades zunehmen. Dabei darf durch eine einseitige Subventionierung dieser Energiequellen keine Belastung der Endverbraucher aufgebaut werden. Lokale und regionale, ökologisch und ökonomisch sinnvolle Lösungen werden sich in Zukunft immer mehr am Markt behaupten können. Gerade größere Off-Shore-Windparks außerhalb von Beeinflussungsgrenzen von Wohn- und Tourismusgebieten bilden eine hohes Entwicklungs- und Innovationspotential. Die landseitigen Windanlagen sind, wenn möglich, ebenfalls in Energieparks zusammenzufassen, um eine optische Beeinträchtigung der Natur zu reduzieren. Nur durch Innovationen auf dem Energie-

Energiemix

Erneuerbare Energien

sektor können zusätzliche Arbeitsplätze in Entwicklung und Produktion geschaffen werden. Dazu zählen ebenfalls neue Technologien der Energieerzeugung und -speicherung, wie z.B. der Brennstoffzelle. Ein ausgewogener Energiemix schafft Versorgungssicherheit. Er muss sich künftig im Wettbewerb entwickeln und sollte nicht Gegenstand politischer Planung sein. Zu einer Politik für Versorgungssicherheit und Klimaschutz gehört es, eine Offensive zur Energieeinsparung zu starten. Denn Energie, die nicht verbraucht wird, muss erst gar nicht produziert werden.

Energieeinsparung

Ziel ist die Vermeidung von Abfall und die Förderung einer effizienten Kreislaufwirtschaft. Die EU-Gesetzgebung sieht vor, dass kein unbehandelter Abfall mehr deponiert werden darf. Nur biologisch und chemisch inaktive Stoffe dürfen auf einer Deponie gelagert werden. Dies hat zur Folge, dass von den Entsorgern Anlagen vorgehalten werden müssen, die diesen Vorschriften entsprechen. Nur ein geringer Teil des anfallenden Mülls aus Industrie und Haushalten ist aber wirklich Restmüll. Auch hier zeigt sich wieder die unterschiedliche Herangehensweise. Warum soll es bei dem heutigen Stand der Technik nicht möglich sein, mehr auf Verwertung als auf Deponierung zu setzen? Recyclebare Stoffe können wieder aufbereitet werden, hochkalorische Fraktionen sind der thermischen Verwertung zuzuführen, und die Schlacken können Verwendung in der Baustoffindustrie finden. Der Aufbau einer Recycle- und Wertstoffindustrie ist dringend notwendig. Die Zusammenarbeit zwischen Entsorger und Forschern an Universitäten und Instituten, gilt es weiter zu fördern. Die teils ideologisch begründete Bevorzugung der biologisch-mechanischen Anlagen ist keine dauerhafte Lösung.

Abfallvermeidung

*Verwertung statt
Deponierung*

Kommunale und private Entsorger befinden sich in einem Wettbewerb. Die FDP setzt auch hier bewusst auf die Marktmechanismen, denn hohe Entsorgungspreise wirken sich negativ auf die wirtschaftliche Entwicklung aus.

*Gesunder
Wettbewerb
untereinander*

Eine Besonderheit stellt das Baggergut für Mecklenburg-Vorpommern dar. Die schadstofffreien Mengen können auf landwirtschaftlichen Flächen bei Einhaltung des Bodenschutzes verbracht werden. Dies wird durch die Ökologisierung der Landwirtschaft in den kommenden Jahren komplizierter. Neue Konzepte müssen frühzeitig erarbeitet und getestet werden.

Mit fast 2.000 Kilometern Innen- und Außenküste hat Mecklenburg-Vorpommern eine hohe Verantwortung für den Küstenschutz. Die Sicherheit von Natur und

Schutz der Ostsee

Mensch muss durch eine entsprechende Vorsorge bei der Gefahrenabwehr gewährleistet sein. Die FDP setzt sich auf allen politischen Ebenen für den Schutz der Ostsee ein. Die Reduzierung des Nährstoff- und Giftstoffeintrages ist dringend notwendig und kann nur im Rahmen multinationaler Vereinbarungen (HELCOM) gelöst werden. Um der Gefahr von Schiffunfällen vorzubeugen, ist auch hier eine ständige Zusammenarbeit notwendig. Wir fordern, ähnlich dem Landeverbot unsicherer Airlines, ein Anlegeverbot für Schiffe, die nicht den internationalen Normen entsprechen. Die hohe Verkehrsdichte auf der Ostsee macht eine kontinuierliche Überwachung notwendig.

Der Küstenschutz hat das Ziel, ein einheitliches Sicherheitsniveau herzustellen. Sturmflutschutz, Festlegung von Ablagerungs- und Abtragsküstenbereichen tragen hier zur Sicherheit bei. Ein 100%-iger Schutz ist jedoch nie zu erreichen, deshalb ist die Integration des Katastrophenschutzes von großer Wichtigkeit. Wir setzen uns auch hier für klare übersichtliche und unbürokratische Strukturen ein.

*Küstenschutz ist
Umweltschutz*

Eine ausreichende kontinuierliche Versorgung der Industrie, Landwirtschaft und privater Haushalte mit qualitativ hochwertigem Wasser ist zwingend notwendig. Für die Wassergewinnung stehen Oberflächen- und Grundwasser zur Verfügung. Während die Oberflächengewässer durch die europäische Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) klassifiziert und erfasst werden, steht dies für das Grundwasser noch aus. Dadurch fehlt eine einheitliche Bewertung des vorhandenen Wasserpotenzials. Die privaten und kommunalen Wasserversorger sind jedoch in der Lage, die Bevölkerung ausreichend zu versorgen. Die Abwasserbehandlung stellt einen nicht unerheblichen Kostenfaktor im Wirtschaftskreislauf dar. Strategische Entwicklungsplanung und Kapazitätsanalysen vermögen kostengünstige Lösungen zu bringen. Überdimensionierte Anlagen verteuern die Wasserpreise und führen zu einem negativen Ansiedlungsverhalten. Anschlusspflicht sollte nur da bestehen, wo diese langfristig ökonomisch und ökologisch sinnvoll ist.

*Hohe
Wasserqualität*

*Versorgungssicherheit zu fairen
Preisen*

6. Staat, Verwaltung und Justiz

Mecklenburg-Vorpommern hat als eigenständiges Bundesland, bei aller Unterschiedlichkeit seiner Regionen, Zukunft. Die Menschen brauchen Heimat. Sie gibt ihnen Halt und Orientierung, bestimmt ihre Identität. Ein technokratisches Gebilde, wie der Nordstaat, dessen entfernteste Punkte fast 600 Kilometer auseinander liegen, vermag dies nicht zu leisten. Die Diskussion darüber lenkt lediglich von den Versäumnissen in der Neuordnung des bundesdeutschen Föderalismus ab. Kooperationen mit anderen Bundesländern sollten, wo es sachlich sinnvoll und geboten ist, angestrebt werden. Es versteht sich von selbst, dass eine solche Zusammenarbeit aber keine Einbahnstraße sein darf, sondern Nutzen für alle entfalten muss.

Für ein eigenständiges M-V

Die Basis unseres föderalen Systems bilden die Gemeinden. Dort finden sich die Bürger in ihrem Alltag wieder. Aus diesem Grund ist es unsere vordringliche Aufgabe, die Selbstverwaltung der Gemeinden zu stärken. Dies hat auf verschiedene Weise zu erfolgen. Neben einer klaren Kompetenzregelung markiert eine solide eigenständige Finanzausstattung der Gemeinden eine der wichtigsten Aufgaben. Die Gemeinden müssen wieder in die Lage versetzt werden, selbst über ihre Aufgaben und ihre Finanzierung zu bestimmen. Dies wird nur gelingen, wenn allseits die Bereitschaft besteht, an einer Entflechtung von Bundes-, Landes- und Kommunalkompetenzen mitzuwirken. Diesem Ziel fühlen sich die Liberalen Mecklenburg-Vorpommerns verpflichtet.

Debatte um die Funktionalreform

Zur sinnvollen qualitativ hochwertigen und betriebswirtschaftlichen Aufgabenerfüllung benötigen Gemeinden, bzw. die Ämter denen sie angehören, eine angemessene Größe. In der Vergangenheit ist hierbei meist auf freiwilliger Basis viel erreicht worden. Dennoch wird im Hinblick auf die demographische Entwicklung in den nächsten Jahrzehnten vereinzelt weiterhin die Notwendigkeit bestehen, die Gemeinde- und Ämterstrukturen den Gegebenheiten anzupassen. Der so genannte Nordstaat würde bei Beibehaltung des jetzigen Verwaltungsaufbaus nur eine weitere Verwaltungsebene einfügen, den Regierungsbezirk Mecklenburg-Vorpommern. Das wollen wir Liberalen nicht.

Die Debatte um die Funktionalreform hat gerade in der Verknüpfung mit einer Kreisgebietsreform nicht nur die handwerkliche Unfähigkeit, sondern auch das absolutistische Denken der Landesregierung offenbart. Anstatt den Aufbau der öffentlichen Verwaltung aus der Sicht der Bürger zu betrachten, wird von oben

herab eine bestimmte Struktur vorgegeben. Eine Zentralisierung der kommunalen Verwaltungen auf wenige Großkreise wird diesem Gedanken der kommunalen Selbstverwaltung nicht gerecht. Daher werden wir uns dafür einsetzen, dass die Landkreisneuordnung ausgesetzt und stattdessen auf freiwilliger Basis eine bürgerfreundliche Lösung gesucht wird. Dabei gilt es in besonderer Art und Weise, die Stadt-Umland-Problematik sowie die demographische Entwicklung zu beachten. Siedlungsräume, die wirtschaftlich, sozial und kulturell zusammengehören, sollten auch politisch verbunden sein. Änderungen in der Gemeindestruktur, beziehungsweise Auswirkungen auf den kommunalen Finanzausgleich, werden dabei unvermeidlich sein.

Wichtigster Teil einer echten Verwaltungsmodernisierung ist eine mutige Funktionalreform. Sie hat Vorrang vor einer Kreisgebietsneuordnung. Teil der Funktionalreform muss sein:

1. Stärkung der Selbstverwaltung der Kommunen
2. Kooperation mit anderen Bundesländern, wo immer es möglich ist
3. Reform der öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Übertragung weiterer Selbstverwaltungsaufgaben, die den Staat entlasten
4. Autonomie und Selbstständigkeit staatlicher Einrichtungen
5. Umstrukturierung der Daseinsvorsorge; Privatisierung

Die Verwaltung muss effizienter und leistungsorientierter arbeiten. Verwaltung heißt Dienstleistung für Kunden und Unternehmen. Wir wollen ein Leistungvergleichssystem in der Verwaltung einführen.

Wir Liberalen wollen endlich das langwierige Umlaufverfahren durch das *Sternsystem* ersetzen. Beim Sternsystem hat der Kunde nur einen Ansprechpartner in der Verwaltung. Dieser gibt das wie auch immer geartete Anliegen an die entsprechenden Stellen weiter, d.h. der Verwaltungsakt wird nicht nacheinander, von einer Zuständigkeit zur nächsten bearbeitet, sondern von verschiedenen Stellen gleichzeitig.

Die virtuelle Verwaltung ist konsequent einzuführen und auszubauen. Im 21. Jahrhundert muss es machbar sein, Antragstellungen auch via E-Mail zu ermöglichen.

Die FDP plant eine umfassende schrittweise Haushaltskonsolidierung. Die Netto-neuverschuldung muss unter spürbaren Anstrengungen sämtlicher Kostenträger

*Haushalts-
konsolidierung*

der Landesverwaltung, aber auch der Kommunen unseres Landes, in der kommenden Legislaturperiode in tiefgreifenderen, aber moderaten Schritten abgebaut werden. Solange Solidarpaktmittel in den Landeshaushalt fließen, muss sich die Finanzpolitik durch Sparsamkeit und Effizienz auf die Zeit vorbereiten, in der diese Mittel ausbleiben oder drastisch reduziert werden. Der Bedrohung einer kommenden Hochzinsphase darf nicht länger ausgewichen werden, vielmehr muss die Verschuldung in deutlich linearen Schritten zurückgeführt werden.

Zu einer umfassenden Haushaltskonsolidierung gehört aus unserer Sicht eine zwingende Konzentration auf die Kernaufgaben des Landes. Haushaltswirksame Bereiche, die nicht zur Daseinsfürsorge der Bürgerinnen und Bürger gehören, müssen auf den Prüfstand. Nicht genutzte Immobilien im Landeseigentum sollten wegen der hohen Instandhaltungs- und Leerstandskosten dem freien Immobilienmarkt zugänglich gemacht werden. Die Einnahmenseite des Landeshaushalts kann durch Privatisierungserlöse kurzfristig, aber auch nur einmalig, deutlich verbessert werden, soweit Privatisierungen aufgrund eines freien und fairen Wettbewerbs von etablierten Anbietern möglich sind.

Ganz klar muss gesagt werden, dass die wirtschaftliche Betätigung des Landes und der Kommunen weiter zu beschränken ist. Es ist nicht Aufgabe des Staates, privaten Unternehmen mit Fitnessstudios oder Fahrschulen Konkurrenz zu machen. Staatliche wirtschaftliche Unternehmen sollen nur dann im Interesse des Gemeinwohls tätig sein, wenn private Unternehmen diese Leistungen nicht erbringen können. Die Vertreter in den jeweiligen Kommunal- oder Gemeindeparlamenten müssen daher ein unmittelbares Einsichts- und Kontrollrecht in alle wirtschaftlichen Betätigungen ihrer Körperschaften erhalten.

*Wirtschaftliche
Betätigung der
Kommunen*

Transparenz ist ein Grundprinzip einer demokratischen Gesellschaft. Daher fordern wir Liberalen jenseits spezialgesetzlicher Regelungen ein weitergehendes Informationsgesetz für Mecklenburg-Vorpommern, das das grundsätzliche Recht auf Auskunft und Einsicht in staatliche Informationen auch gegenüber öffentlichen Unternehmen zubilligt. Der Bürger muss die Entscheidungsgewalt über seine persönlichen Daten zurückerhalten.

Transparenz

Den Kommunen wollen wir die Möglichkeit geben, durch ehrenamtliche Beiräte, anstelle des berufsmäßigen Beauftragtenwesens, die Belange der Bürger besser zu berücksichtigen.

Gewaltenteilung ist ein unabdingbarer Bestandteil unseres Verfassungssystems. Einer Zusammenlegung von Justiz- und Innenministerium erteilen wir deshalb eine klare Absage. Der Rechtsstaat ist gerade für uns Liberale unabdingbar. Seine Fortentwicklung ist unser ständiges Anliegen. Eine sich ständig entwickelnde, sich differenzierende und beschleunigende Lebenswirklichkeit braucht, bei allem Verständnis für den Wunsch nach einfachen und überschaubaren Gesetzen, ständig neue, speziellere gesetzliche Regelungen für ein gedeihliches und friedliches Miteinander. Dies darf nicht mit Bürokratie verwechselt werden oder gar darin ausarten. Deswegen wollen wir Gesetze nur dann, wenn sie erforderlich und wirksam sind. Dies müssen wir laufend auf den Prüfstand stellen. Das deutsche Rechtssystem ist geprägt von dem Gedanken an umfassenden Rechtsschutz für alle Bürger

Die auch durch die Gerichte gewährleistete Rechtssicherheit ist ein bedeutender wirtschaftlicher Standortvorteil. Ein Herumdoktern an den Gerichtszweigen oder den Instanzenzügen ist abzulehnen. Aus Sicht der FDP bedarf es keiner großen Justizreform. Sie gefährdet nicht nur den hohen Standard des deutschen Rechts und der Justiz, sondern birgt gleichzeitig die Gefahr der Erosion des staatlichen Rechtsanspruches in sich. Recht und Gesetz dürfen nicht zum Spielball der Beliebigkeit verkommen. Dort, wo lange Verfahrensdauern faktisch in Rechtsverweigerung ausarten, müssen wir die Ursachen erforschen und dürfen uns auch nicht scheuen, gegebenenfalls neue Richter einzustellen.

Die Bedrohung durch Terrorismus und Organisierte Kriminalität ist bedenkliche Realität. Bei den diesbezüglich notwendigen Maßnahmen und Gesetzen im sicherheitspolitischen Bereich, unter Berücksichtigung der als gering einzustufenden Gefährdung in Mecklenburg-Vorpommern, setzen die bürgerlichen Freiheiten berechnete Grenzen. Wir Liberalen wollen keinen Überwachungsstaat und damit das Erbe von 1989 verspielen. Die Bürger Mecklenburg-Vorpommerns haben einen Anspruch auf den gleichen Schutz wie die Menschen in den Stadtstaaten. Diese Aufgabe lässt sich nur durch eine effiziente orts- und bürgernah operierende Polizei lösen, die die modernste Technik zusammen mit speziell auf unser Land zugeschnittenen alternativen Einsatzverfahren nutzt. Dazu ist die Schutzpolizei von nicht-polizeilichen Aufgaben zu befreien. Ein neues Ausbildungskonzept soll personelle Flexibilität schaffen. Neben Präventionsmaßnahmen gilt es, schwerpunktmäßig die Gewaltkriminalität und das organisierte Verbrechen zu bekämpfen – sog. „No-Go-Areas“ für Minderheiten wird es mit der FDP nicht geben.

Immer schwerere Naturkatastrophen in immer kürzeren Intervallen mit stetig steigenden Schadenssummen verunsichern die Bürger, bedrohen die Wirtschaft und stellen somit eine neue Herausforderung dar. Vor dem Hintergrund, dass immer weniger Bundeswehrsoldaten zur Verfügung stehen, müssen wir den Gefahren mit einem reorganisierten Katastrophenschutz und einem neuen Feuerwehrkonzept begegnen, wobei vorhandene Ressourcen zukünftig besser genutzt werden müssen. Unsere Sicherheit und insbesondere die dafür zuständigen Organe – Polizei, Feuerwehr und Katastrophenschutz – sind ein ungeeignetes Feld, um exemplarisch Sparwillen zu demonstrieren.

Dem Landtag als Parlament unseres Landes kommt eine herausragende Funktion zu. Die Abgeordneten sind Vertreter des gesamten Volkes in Mecklenburg-Vorpommern und sollen dessen Willen repräsentieren.

Die Abgeordnetenbezüge müssen reformiert werden. Wem wir zutrauen, in der Legislative die Zukunft unseres Landes, aktiv mitzugestalten, von dem können wir auch fordern, dass er eigene Angelegenheiten wie Krankenversicherung, Altersvorsorge und die Sicherung seines Lebensunterhaltes nach seinem Mandat selbstständig aus seinen Abgeordnetenbezügen bestreitet.